

Wählt Delegierte zur internationalen Betriebsdelegierten-Konferenz am 29. Januar

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 48002. Postfach 48002. Vertikaldruck: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 439 02. Sprachrohr der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Beilage: Schlesiens Betriebsdelegierten-Konferenz m. B. O., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 439 02.

Das „Weihnachtsgeschenk“ Schleichers und Hitlers

Lohn- und Gehaltsabbau durch Margarinepreiserhöhung

Neue Zoll-Belastung der Massen — Kontingentierungsbeschlüsse der Schleicher-Regierung
Zölle für Weizkohl, Dichtmilch, Öle, Kartoffeln vorbereitet

Berlin, 23. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) Die Notverordnung, welche die Beimischung von Butter zu Margarine und die Fett-Kontingente bestimmt, liegt dem Reichspräsidenten vor. Die Butterbeimischung soll 25 Prozent betragen und bedeutet eine ungeheure Verteuerung der Margarine noch in diesem Monat. Der Preis für Margarine wird teilweise um 20 Pfennig pro Pfund erhöht.

Außerdem plant die Regierung Schleicher, am 1. Januar, bei Ablauf des deutsch-holländischen Handelsvertrages, die Zölle auf Weizkohl, Kartoffeln, kondensierte Milch und Öle erneut zu erhöhen, was eine weitere unerhörte Verteuerung wichtiger Lebensmittel bedeuten würde.

Darüber hinaus erfährt man noch aus der ebenfalls der Schleicher-Regierung nahestehenden „Berliner Börzzeitung“ (Abendausgabe vom 21. 12.): „Was die Vorbereitungen für die geplanten Zollerhöhungen betrifft, die eintreten sollen, sobald wir in den nächsten Monaten von den Bindungen des jugoslawischen und schwedischen Handelsvertrages frei werden, so will, wie verlautet, das Reichsministerium dem Kabinett vorschlagen, derartige Zollerhöhungen für Rindvieh, Speck, Käse, Eier und Holz vorzunehmen.“

In der nächsten Zeit laufen die Handelsverträge mit Holland, Schweden, Jugoslawien usw. ab. Die Großagrare fordern nun Maßnahmen, wie Kontingentierung (Einfuhrbeschränkung) und Zollerhöhung für landwirtschaftliche Produkte. Die Schleicher-Regierung trägt diesen Wünschen, wie es sich zeigt, in großem Maße Rechnung. Dazu erfährt man aus einer Darstellung der Telegraphen-Union, daß es sich bei den Beschlüssen der Regierung vom Mittwoch, um die ersten Maßnahmen auf Grund der Einigung zwischen den Ministern Warmbold und Braun gelegentlich der Kabinettsbildung“ handelt! Schleicher hat in seiner Rundfunkrede mit „sozialer“ Geistesart, daß eine Senkung der Arbeitseinkommen nicht mehr stattfinden werde. Die neuen Kontingentierungsmaßnahmen, die beachtlichsten Zoll-Maßnahmen und dazu die geplante Beimischung zur Margarine wirken preissteigernd, bedeuten eine Verteuerung der Lebensmittel und damit eine Senkung der realen Löhne und Unterzählungen. Die Arbeiter können für den Hungerlohn und die Hungerunterstützung dann noch weniger kaufen; die Zoll- und Kontingentierungsmaßnahmen Schleichers bedeuten an Wirkung also genau dasjenige wie neuer Lohn- und Sozialabbau.

Diese Politik wird unterstützt vor allem von der Hitlerpartei, die Schleicher toleriert. Ja, die Nazi-Regierungen führen in Thüringen, Mecklenburg usw. noch Schlachtsteuern und in Braunschweig noch eine besondere Margarinesteuer ein!

Die Sozialdemokratie und das Zentrum fördern die Schleicher'sche Politik, indem sie — die SPD. verschleierte, das Zentrum offener — das Regime Schleicher-Dracht unterstützen.

Die sozialdemokratische Presse von gestern behauptet zwar ganz frech, daß die SPD. eine ernsthafte Opposition gegen die Schleicher-Regierung in der Tat führe und daß wir Kommunisten die SPD. wegen dieser Haltung verdächtigen, verleumben und mit Lügen über-

schütten würden. Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter, ob die Haltung der SPD. im Vorkriegsamt am Dienstagabend nicht Verleumdung der Schleicher-Regierung sei, wenn sie verhindert, daß der Reichstag sofort einberufen und das Mißtrauensvotum gegen Schleicher zur Abstimmung gestellt werde.

Wer verhindert, daß der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die faschistische Schleicher-Regierung mit ihren neuen Maßnahmen gegen die werktätige Bevölkerung sofort abgestimmt wird, der ist in der Tat für Schleicher und seine Politik, auch dann, wenn die sozialdemokratische Presse noch so viel vom „Kampf gegen die Schleicher-Diktatur“ redet.

Hört, Gewerkschaftskollegen! Am 3. Dezember hat der Führer des ADGB, Leipzig, dem Vertreter der Pariser Zeitung „Travailleur“ Erklärungen abgegeben. Auf die Frage: „Wie wird die Haltung des ADGB. gegenüber dem Reichstanzler sein?“ hat Leipzig wörtlich geantwortet:

„Was seine (Schleicher's) politische Vergangenheit anbetrifft, so haben wir dem Reichstanzler nichts vorzuwerfen. Die soziale Frage steht im Vordergrund der Bourgeoisie und der Zweck seines Herbeiführens, damit das neue Kabinett in seiner politischen Tätigkeit nicht durch den Widerstand der Arbeiter behindert wird.“

Damit hat sich Leipzig im Namen der Führung des ADGB. für die Schleicher-Regierung, für weitere Lohnföhrung durch Schiedsgerichte, freie Vereinbarungen oder mittelbare Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und für Sozialabbau erklärt. Die ADGB-Föhrer unterstützen so das sozialreaktionäre, faschistische Regime des Generals von Schleicher.

Nur die SPD., die jetzt aufs mächtigste verfolgt wird, vertritt die Interessen der Arbeitermassen. Sie ruft alle Arbeiter zur verstärkten Einheitsfrontaktion gegen die neuen Belastungen durch Kontingentierungen und Zölle, für ausreichende Löhne und ausreichende Winterhilfe auf. Sie zeigt und führt den einzigen Weg aus der Hungersnotkatastrophe, den Weg zum Sozialismus.

Se entschloßener die Arbeiter jetzt kämpfen, desto mehr werden die Differenzen im kapitalistischen Lager gerade über die Kontingentierungen und Margarine zum Ausdruck kommen und sich verschärfen.

Betriebe, Stempelstellen, Gewerkschaftskollegen, auf den Plan! Nehmt überall Stellung! Kämpft für eure Forderungen!

Betriebsrätewahlen 1933

Einheitsfront im Kampf gegen Lohnabbau und faschistische Diktatur

Die Betriebsrätewahlen des Jahres 1933 stehen im Zeichen der Kampfesorganisation gegen die faschistische Diktatur. Die Wahlklassenbewußter Kollegen, die bereit sind, den Kampf der Belegschaft gegen den Lohnabbau, gegen die Kapitaloffensive, gegen die faschistische Diktatur zu führen, soll die Kampfkraft der Belegschaften auf eine höhere Stufe erheben und in den Massen der Belegschaft selbstverantwortliche Organe zur Führung dieses Kampfes schaffen.

Die Betriebe sind der Boden, auf dem diese Kämpfe am unmittelbarsten ausgetragen werden. Hier vollzieht sich der Zusammenstoß der Klassenkräfte am elementarsten. Hier begreifen auch die rückständigsten Schichten der Arbeiterschaft am leichtesten die Notwendigkeit des Kampfes. Nur durch die Steigerung der Kämpfe in den Betrieben wird es möglich sein, die entscheidenden Massen der Arbeiterschaft in größere Kämpfe um ihre politischen Forderungen zu führen. Die große Streikwelle der letzten Monate, die ihren Gipfelpunkt im W.G.-Streik fand, und die schließlich zur Sprengung des Papen-Kabinetts führte, hat die große Bedeutung der Betriebe als Zentrum der proletarischen Gegenoffensive erwiesen.

Auf Weidich und Verderb kämpft die Bourgeoisie um die Erhöhung ihrer Profitrate. Noch brutalerer Lohnabbau, Abbau aller sozialen Errungenschaften, das sind die Mittel, mit denen die herrschende Klasse den kapitalistischen Krisen aus der Krise sucht. Die Gewerkschaftsföhrer ebenso wie die Nazi-föhrer sind die eifrigsten Förderer dieser Bemühungen der Bourgeoisie. Das beweist die Stellungnahme Leipzigs zum Schleicher-Kabinett, das beweisen die Vorwände der letzten Tage im Reichstag eindeutig.

Deshalb werden die Leipzig und Tarnow, deshalb werden die Hitler und Engel in diesem Jahre besonders alles daran setzen, um ihre Vertrauensleute in die Betriebsfunktionen zu bringen. Deshalb wird man besonders in diesem Jahre mit allen Mitteln (Demonstration beim Unternehmer, Verschärfung des faschistischen Terrors usw.) versuchen, die Klassenbewußten Funktionen der Belegschaften aus den Betrieben zu verdrängen und an der Ausübung ihrer Funktionen zu hindern.

In den proletarischen Kampforganisationen kann immer nur der fortschrittliche Teil der Arbeiterschaft erfasst werden. Die Betriebsräte aber sind die gewählten Organe der gesamten Belegschaft. Sie erfassen auch die rückständigsten Schichten der Arbeiterschaft im Betrieb. Sie sind deshalb für die Organisation des Kampfes von der größten Bedeutung. Der Betriebsrat kann auf Grund seiner Funktion am leichtesten jeden Konfliktstoff im Betrieb aufführen. Die Aufgabe des klassenbewußten Betriebsrates besteht in der täglichen Vertretung auch der primitivsten Forderungen aller Schichten der Belegschaft, in der Ausübung des Kampfes um diese Forderungen und in seiner Verbindung mit dem großen politischen Kampf der Arbeiterschaft.

Die Arbeiterklasse kann auf die Dauer ihr Lebensniveau nur dann erfolgreich verteidigen, wenn sie den Kampf um den sozialistischen Ausweg aus der Krise aufnimmt. Deshalb gehört die Verbindung der wirtschaftlichen Tageskämpfe mit dem Kampf gegen die faschistische Diktatur zu den wichtigsten Aufgaben der Betriebsräte als Klassenorgane der Arbeiterschaft.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat jahrelang versucht, die Betriebsräte an ihre Politik der Wechsellagerung und Unterföhrung der faschistischen Diktatur zu fesseln. Sie hat alles darangesetzt, um den wirtschafts-friedlichen Charakter der Betriebsräte zu betonen, um ihre Tätigkeit in den Rahmen der Gesetze des kapitalistischen Staates zu pressen, um sie ihres Kampfscharakters als Klassenorgane zu enteilen. Deshalb trat auch bei den Betriebsrätewahlen ihre Politik der Spaltung der Arbeiterschaft besonders deutlich zutage. Was in Verbindung mit der Herausarbeitung der selbständigen Kampf-föhrung die KPD. die Frage der Einheitsfront aufrollte und zur Aufstellung von Einheitslisten übernahm, da rief das den wütenden Widerstand der gesamten Gewerkschaftsleitungen hervor. Und als der Wille der Arbeiterschaft zur Herstellung der kämpfenden Einheitsfront immer größer wurde, da scheuten sie sich nicht, einen Pakt mit den faschistischen Kräften der Bourgeoisie zur Verhinderung der Betriebsrätewahlen im Jahre 1932 abzuschließen. Auf ihr Betreiben wurde damit eine der sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft an die Bourgeoisie ausgeliefert.

In den früheren Jahren ist es der Gewerkschaftsbürokratie noch gelungen, den größten Teil der Gewerkschaftsmitglieder und vor allem der Gewerkschaftsfunktionäre von der Schaffung der breitesten Einheitsfront bei den Betriebsrätewahlen fernzuhalten. Bei den letzten großen Streik-kämpfen haben aber bereits in vielen Fällen zahlreiche untere sozialdemokratische Betriebsfunktionäre selbst gemeinsam mit den Funktionären und den Kollegen der KPD. den

Gummiknüttel gegen Kriegstrüppel

Berlin, 23. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) Gestern demonstrierten mehrere hundert Schwerekriegsbeschädigte, zum Teil auf Krücken, zum Teil in Selbstföhrern durch die Königsstraße. Opfer des imperialistischen Krieges, die laute Hungerrufe ausstießen: „Wir wollen was Warmes in den Leib und was Warmes zum Anziehen. Wir wollen Brot, Kartoffeln und Kohle!“ Einige der Kriegsgesopfer drangen in heftiger Erbitterung in das Amtszimmer des Magistratsrates. Hier holte die Polizei und ließ die Knüttel mit den brutalsten Gummiknüttelmethode hinauszog. Die Passanten riefen den Schupo zu: „Ist das der Dank des Vaterlandes?“ Gleichzeitig hatten sich im Rathaus über hundert Sozialrentner, Witwen und Hinterbliebenen von Kriegsgesopfern eingefunden, die Winterhilfe verlangten. Auch sie wurden von der Polizei mit dem Gummiknüttel herausgeworfen.

Frankfurt a. Main, 23. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) Das FA. wird große Demonstrationen auf der Zeile vor den großen Kaufhäusern. Die Polizei griff ein und verhaftete einige der Demonstranten.

Darmstadt, 22. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) Das FA. meldet große Demonstrationen jugendlicher Arbeitssöhner vor dem Rathaus. Die Polizei griff ein und verhaftete einige Jugendliche.

Felsened-Prozess durch Amnestie beendet

Berlin, 23. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) Gestern wurde in Moabit folgendes Urteil im Felsened-Prozess gefällt: Auf Grund des Unschuldigkeits wird das Verfahren gegen sämtliche Angeklagten eingestellt. Als die proletarischen Angeklagten, die seit 11 Monaten auf das schlimmste gefesselt worden waren, das Gericht verließen, wurden sie von den Arbeitern auf das herzlichste empfangen. Sofort erschienen

Polizeiföhrer und die Schupo trieb die Menge auf das brutalste mit den Gummiknütteln auseinander.

Scheringer und Kenn immer noch in Haft

Berlin, 23. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) Der Zentralvorstand der Roten Hilfe sandte folgendes Telegramm an den Genossen Richard Scheringer:

„Die gesamte Presse meldet Teilamnestie stop wann Ankunft in Berlin.“

Am Nachmittag traf Scheringers Antwort ein: „Zwei Mann entlassen stop von mir nichts bekannt.“

Außerdem wird der bekannte Schriftsteller Genosse Ludwig Kenn nach wie vor in Haft gehalten. Die Arbeiterschaft fordert ihre sofortige Freilassung.

Hungermarsch nach Berlin

Hamburg, 23. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) Hunderte von jugendlichen Heimatlosen befinden sich auf dem Hungermarsch nach Berlin. Wie mitgeteilt wird, hat die Polizei umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um den Hungermarsch aufzuhalten. In den kleineren Orten sind starke Polizeikräfte, teilweise mit Maschinen-gewehren ausgerüstet, konzentriert.

Parlamentmehrheit für Boncour

Paris, 22. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) Das französische Parlament hat dem Kabinett Paul Boncour mit 365 zu 215 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Schlesische Forstarbeiter eröffnet den Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Mit der Verteilung der kapitalistischen Krise werden auch die Angriffe des Kapitalismus im gegebenen Maße der staatlichen und privaten Forstwirtschaften auf die Forstarbeiter verschärft. Der preussische Staat geht dem privaten Kapital im Abbau an den Löhnen der Arbeiter voran. Obwohl die schlesischen Forstarbeiter heute schon durch ihre handwerklichen Löhne dem Hungerstich preisgegeben sind, soll eine neue Lohnsenkung von 12 Pfennig pro Stunde an ihnen vollzogen werden. Bei den staatlichen Forstarbeitern erfolgt dieser Abbau am 31. Dezember; die privaten Forstarbeiter folgen am 15. Januar.

Das Organ des Arbeitsministers Ziegerwald, „Der Deutsche“, schreibt hierzu folgendes:

„Den beiden Landarbeitergewerkschaften (zu denen auch die Forstarbeiter gehören, D. W.) ist die Kündigung der Lohnabstellen vom 31. Dezember dieses Jahres von der preussischen Staatsverwaltung angeordnet worden. Die Spitzenlöhne der preussischen Forstarbeiter betragen gegenwärtig 55 Pfennig in der 1. und 52 Pfennig in der 2. Zone. Die vier Lohnzonen werden nach Altersklassen eingeteilt, der tiefste Lohn in der 1. Zone ist 22 Pfennig und in der 1. Zone 19 Pfennig pro Stunde.“

Jetzt sieht die Forstverwaltung einen Lohnabbau von 12 Pfennig pro Stunde vor, das bedeutet, daß ein Forstarbeiter, der jetzt nur noch 19 Pfennig die Stunde verdient, sich dann mit 7 Pfennig pro Stunde abfinden muß. Das sind bei achtkündiger Arbeitszeit pro Woche 3,36 Mark, oder mit anderen Worten, der Forstarbeiter erhält nicht mehr als ein Arbeitsdienster. In den letzten zwei Jahren sind die Löhne der Forstarbeiter ungeheuer abgebaut worden. In Schlesien sank der Lohn der Forstarbeiter in den Privatforsten vom April 1930 von 49 Pfennig bis Mai 1932 auf 41 Pfennig, das heißt um 8 Pf. pro Stunde oder 19,5 Prozent. Außerdem wurde in derselben Zeit die Sozial- und Wegezulage abgebaut. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bezweifelten den damaligen Abbau der Sozialzulage damit, daß sie erklärten, wenn die Sozialzulage bezahlt wird, bekommen verheiratete Forstarbeiter mit Kindern überhaupt keine Arbeit mehr. So verhalten die SPD-Führer dem Unternehmer zu ihrem Raubzug.

Wie ist die Lage dieser werktätigen Schicht?

Die Handwergschaftszeit ist die Winterzeit. Bei Schnee, Eis und grimmiger Kälte müssen die Arbeiter ungeheuer weite Wege von ihrer Wohnung bis zur Arbeitsstelle zurücklegen; ohne jeden Schutz im Walde sind die Provinzen jeder Witterung ausgesetzt, am sogenannten Zwisch wird das lässliche Mittagessen oder die Zigarettenbrüche, die inzwischen im Topf schon einmal gebraten ist, am Feuer angewärmt. Zeit kein Abend vergeht, wo nicht der Forstarbeiter mit zerrissenen Hosen oder zertretenen Stiefeln nach Hause kommt, und wo bis spät in die Nacht die Frau dieses Waldarbeiters sitzt, die oft selbst mit in Arbeit geht, und die zerrissenen Kleider ausbellert. Derweilen der elende Hungerlohn nicht einmal zum Leben ausreicht, streift sich der Mann die zertretenen Stiefeln wieder selbst zusammen, um am anderen Tage seinen Fronddienst wieder verrichten zu können. Zeit jede Arbeit muß der Waldarbeiter im Afford verrichten, und dervielte ist so niedrig gehalten, daß die Arbeiter sehr oft kaum auf den Stundenlohn kommen. Deshalb finden wir es in Schlesien sehr häufig, daß Waldarbeiter sich nebenbei noch zu Hause mit Nebenarbeiten beschäftigen; nächsttag schneit der Mann dann zu Hause nach, nachdem er tagsüber die schwere Waldarbeit verrichtet hat.

Eines der billigsten Ausbeutungsobjekte für die Forstgewaltigen sind die Frauen, welche die sogenannte Kulturarbeit im Walde und in den Pflanzgärten verrichten. Rund 5000 Frauen sind in Schlesien mit dieser harten und schweren Arbeit bei elendem Hungerlohn beschäftigt. Genau wie die Männer, so sind auch die Frauen jeder Witterung ohne jeden Schutz bei ihrer Arbeit ausgesetzt. Et bis auf die Haut durchnäßt, müssen die Frauen diese Arbeit verrichten. Ist es dann ein Wunder, wenn nach kurzer Zeit diese Arbeiterfrauen völlig von Rheumatismus und anderen anderen Krankheiten befallen, sich nicht und elend durchs Leben schlagen müssen? Was hört es die

preussische Forstverwaltung, was kümmern sich die Privatforstgewaltigen um die Not und das Elend der Menschen, die sie täglich ausbeuten? Für sie ist maßgebend die einzige Sorge:

Wie steigern wir unseren Profit?

Wie groß sind die Wälder und Besitztümer der Privatforstgewaltigen vom Schlags eines Graf Schaffgotsch, Graf von Reichenbach, Prinz von Byron usw. Sie erreichen einen Umfang und eine Größe, die diese Halsabschneider selbst nicht mal kennen. Zum Beweis folgenden Tatsache: Vor kurzem kam Prinz von Byron in die Nähe von Groß-Wahl im Kreise Wartenberg. Dort sprach er einen Arbeiter mit den Worten an: „Mönnen Sie mir nicht sagen, wo meine Oberförsterei ist?“ Zeigt diese Tatsache nicht davon, daß dieser Ausbeuter nicht einmal über die Größe und Länge seiner Kaufstücke vertraut ist?

Die Machtposition, die diese herrschende Ausbeuterelike heute noch hat, verdankt sie einzig und allein den Führern der SPD, des NSDAP und der Nazis. Die SPD- und NSDAP-Führer waren es, die jeden Lohnabbau stillschweigend hinnahmen, sie waren es, die die Arbeiter stets vom Kampf gegen die Ausbeuter abhielten, sie waren es, die selbst Arbeitsdienster errichteten, SA-Lex und Jung-Reichsbannerleiter in diese Arbeitsdienster schickten und Waldarbeit verrichten ließen. Diese Tatsache beweist, daß sie die Stützen der Ausbeuterherrschaft und der faschistischen Diktatur sind.

Wir fragen aber auch die Arbeiter der NSDAP: Sind eure Führer nicht gerade unter den Prinzen, Grafen und sonstigen Forstbesitzern und Agrariern zu finden? Führt ihr nicht auch auf Weisheit dieser Führer Arbeitsdienst durch? Wollt ihr diesen neuen Lohnabbau -- vollzogen von euren Führern -- stillschweigend hinnehmen?

Zwar wird der Lohnabbau nicht durchgeführt mit der Begründung der schlechten Konjunktur, sondern mit dem Schwindel vom russischen Dumping. Dieser Schwindel ist aber so blödsinnig, daß ihn jeder Schulbube sofort entlarven kann, weil ja Deutschland niemals Holz ausführt und russisches, vor allem sibirisches Holz einführen muß, weil es für verschiedene Industriezweige einfach unentbehrlich ist. Ein Dumping kommt aber nur in Frage, wenn ein Land das andere mit so billiger Ware auf dem Markte überschwemmt, daß das andere Land seine Ware nicht absetzen kann. Mit dem Schwindel vom Dumping verfolgt man aber nur den Zweck, die chauvinistische Hege gegen die Sowjetunion zu schüren. Der Zweck der brutalen Lohnsenkung ist nichts anderes, als die gesamte Forstarbeit durch den Arbeitsdienst verrichten zu lassen. Hier finden wir die traute Einheitsfront von der SPD bis zu den Naziführern.

Wir Kommunisten sagen den Forstarbeitern:

Wenn ihr euch diesen Lohnabbau bieten laßt, wird man nicht stillhalten, sondern in kurzer Zeit einen neuen Anschlag auf eure Lebenshaltung unternehmen. Wir sagen euch: Ihr müßt auf der ganzen Linie sofort den Kampf eröffnen, ihr müßt den Bonzen vom NSDAP das Heft aus den Pfoten schlagen, und wenn ihr siegen wollt,

den Kampf in die eigenen Hände nehmen,

weil ja Hunderte von kleinen Bauern, Pächtern und Siedlern ebenfalls im Winter einige Groschen Bargeld durch Waldarbeit verdienen müssen, um nicht auf ihrer engen Scholle vollkommen zu verhungern, müßt ihr sofort auch mit diesen die breiteste Einheitsfront schließen; auch sie dürfen keinen Schlag Arbeit verrichten, bis nicht dieser schändliche Abbau zurückgeschlagen ist. Laßt euch nicht von den Bonzen des NSDAP einfließen, die bereit sind, mit den Unternehmern zu verhandeln, um einen „geringen“ Lohnabbau zu vereinbaren, sondern kämpft gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für Wiedereinführung der Sozial- und Wegezulage, gegen die Durchführung des Arbeitsdienstes in den Forstbetrieben, für gleichen Lohn für gleiche Leistung -- für ausreichenden Schutz bei schlechter Witterung -- für Bezahlung der Streiktage.

Die NSDAP und der Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter haben in den letzten Monaten in der Praxis bewiesen, daß unter ihrer Führung die Arbeiter siegreiche Streikämpfe durchgeführt haben. Nur wenn ihr in geschlossener Einheitsfront unter revolutionärer Führung kämpft, werdet auch ihr die Pläne der Unternehmer zerschanden machen.

Alarm in den Betrieben

Ist der Mahnruf unserer Zeitung. Warum? Weil in allen Betrieben neue Unternehmerangriffe vorbereitet werden, zu den Betriebsrätewahlen gerückt und von da aus alle wählbaren Funktionen in den Gewerkschaften erobert werden müssen.

Organisiert die planmäßige Berichterstattung

an eure Zeitung über alle betrieblichen Vorgänge. Die Betriebe sind die Brennpunkte des Klassenkampfes. Die Betriebe müssen darum in dem Mittelpunkt eurer Zeitung sein. Wir mahnen sehr ernst und eindringlich und rufen zum

Wettbewerb in der Betriebsberichterstattung auf

Alle Betriebe vor die Front! Kein Betrieb ohne Arbeiterkorrespondent, dem treuesten und wichtigsten Helfer der kommunistischen Presse.

Hunderttausende Wahlhelfer für die Betriebsrätewahlen

In allen Betrieben Deutschlands ist es nötig, die kommenden Betriebsrätewahlen vorzubereiten. Es gilt, wie das 12. Ekki-Plenum fordert, „die Kampffähigkeit der Massen zu heben und sie, auf Grund ihrer eigenen Erfahrung, vom Kampf um die alltäglichen Forderungen an den Kampf um die allgemeinen Klassenaufgaben des Proletariats heranzuführen“.

In diesen Tagen ist eine neue Massenbrochure erschienen: „Der Streik der Berliner Verlehrsarbeiter.“

Diese Brochure schildert den Verlauf des größten Streikampfes des letzten Jahres und gibt die Erfahrung wieder, die gerade dieser Kampf alle Werktätigen lehrt.

Anlässlich der Betriebsrätewahlen werden die arbeiterverräterischen NSDAP-Führer und die arbeiterverräterischen Bonzen von der NSDAP die letzten Lügen vom Stapel lassen.

Die neue Brochure ist eine wichtige Anlagenschrift gegen die streikbrecherische Gewerkschaftsbürokratie und gegen die Nazi-Verlehrsarbeiter von der NSDAP, eine wichtige Aufklärung für die Arbeiterklasse.

Die Brochure „Der Streik der Berliner Verlehrsarbeiter“ ist ein zuverlässiger, unentbehrlicher Helfer für die Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen. Sie muß in Hunderttausenden Exemplaren in allen Betrieben verteilt werden.

Kampf organisiert und Schulter an Schulter mit ihnen ist im höchsten Widerstand gegen die Gewerkschaftsbürokratie bis zu Ende durchgeführt. Der Gedanke der kämpfenden Einheitsfront hat unter den Gewerkschaftsmitgliedern und selbst unter zahlreichen unteren Gewerkschaftsfunktionären den breitesten Boden gefunden. Damit sind die Möglichkeiten zur breiten Entfaltung der Einheitsfrontaktion, vor allem unter den Gewerkschaftsmitgliedern, bei der Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen gewaltig gestiegen. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um im Verlauf dieser Kampagne, in Verbindung mit der Organisierung der täglichen Kämpfe der Werktätigen, Teile der unteren Gewerkschaftsfunktionäre von der Bürokratie loszulösen und in die kämpfende Einheitsfront einzuschleusen.

Wir Kommunisten, wie Anhänger der NSDAP, sind die einzigen, die auch bei den Betriebsrätewahlen für die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf eintreten. Von diesem Gesichtspunkt müssen auch all unsere tatsächlichen Maßnahmen bei der Aufstellung der Betriebsrätewahlen ausgehen. Wir führen den Kampf um die Einheit der gesamten proletarischen Arbeiterklasse auf dem Boden der gemeinsamen Forderungen, um die bei uns organisiert werden muß, auf dem Boden des gemeinsamen Kampfes gegen faschistische, reaktionäre und sozialdemokratische Angriffe. Wir fragen dabei nicht nach dem Wohlstand, des der einzelne Arbeiter in der Tasche hat. Wir fragen nur danach, ob er bereit ist, den Kampf um die gemeinsamen Forderungen der Arbeiterklasse zu organisieren. Wir wollen auf diesem Boden alle ehrlichen Arbeiter, ob sie Kommunisten, ob Sozialdemokraten, ob sie Arbeiterführer oder kritisch organisiert oder organisiert sind, zum gemeinsamen Kampf vereinen.

Wir kämpfen um die Einheit der Arbeiterklasse zur Betriebsrätewahl in Betrieben und Betriebsratsgewerkschaften, in Delegiertenkonferenzen der Gewerkschaften und in den Betriebsratversammlungen aller gewerkschaftlichen Organisationen. Wir wollen insbesondere die Gewerkschaftsmitglieder von der Verantwortung der einseitigen Verantwortung im Betrieb überzeugen. Deshalb werden wir die Initiative für die Durchführung von Betriebsratsmitgliederversammlungen in den Betrieben ergreifen und in diesen Versammlungen unsere Initiative auf Verwirklichung an der Einheitsfront der Arbeiterklasse einbringen. Dort, wo die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse freigeberisch organisiert ist, werden wir den Kampf um die Aufhebung der Spaltung in der Gewerkschaftsmitgliederversammlung und um ihre Wiedereinigung und Ergänzung in der Betriebsratversammlung führen. An diesem Kampf werden wir den Kampf gegen die Zusammenführung der Betriebsräte durch die Vertrauensleute der Gewerkschaftsbürokratie führen.

So muß die Durchführung der Betriebsratswahlkampagne insbesondere auch zur Stärkung der NSDAP und zur Stärkung unserer Einheitsfront in den reaktionären, kritischen und linken Gewerkschaften ausgenutzt werden. Die auf der Einheitsfront gewählten Betriebsräte werden ihre Tätigkeit um so erfolgreicher entfalten können, je fester der Verband ist, den sie in einer starken NSDAP-Gruppe und dem Abbau der ungewerkschaftlichen Diktatur bemerken haben.

Es gibt keinen Moment zu zögern. Mit dem Ende dieses Jahres läßt das von Bräutigam vorbereitete Verbot für die Durchführung von Betriebsratswahlen ab. Unmittelbar muß die Durchführung der Betriebsratswahlen im Zeichen der Einheitsfront in Angriff genommen werden, ohne die üblichen Termine der Betriebsratswahlen im Frühjahr des kommenden Jahres abzuwarten. Das ist um so notwendiger, als die Gefahr besteht, daß die Bourgeoisie erneut versuchen wird, die Betriebsratswahlen zu verhindern. Der Kampf um die Durchführung der Betriebsratswahlen ist eine der unmittelbaren Aufgaben des Kampfes gegen die faschistische Diktatur.

Anschließend der gesamten Parteiorganisation trägt für ihre Durchführung die gesamte Parteiorganisation die größte Verantwortung. Alle Kräfte der Partei und der NSDAP müssen einbezogen werden, um den Erfolg der Einheitsfront zu sichern unter den Bedingungen:

Einheitsfront gegen Lohnabbau und Reichsismus! Für Ziehen handlungen und Widerstandsmasse mit vollem Lohnausgleich, gegen die faschistische Nationalisierung! Für uneingeschränktes Arbeitsrecht und Arbeitsrecht! Gegen den Abbau der Sozialversicherung für Arbeiter und Arbeiterinnen! Für arbeitslosen Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen! Gegen freiwilligen Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht! In den Arbeitsdiensterdiensten Kampf um höhere Löhne und bessere Essen! Gegen den Schicksalskurs der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie! Gegen die Einseitigkeit der Gewerkschaften in der faschistischen Diktatur! Keine Stimme dem Faschismus! Dem Terror der Faschisten und der Arbeiterführer! Gegen die Verlehrsarbeit der Gewerkschaften! Für die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes! Für Arbeitermacht und Sozialismus!

Gruß des ZK. der KPD. an die aus den Kertern entlassenen antifaschistischen Kämpfer!

Klassenbrüder! Im Namen der vorwärtsdrängenden kämpfenden Arbeiterklasse, begrüßt euch die kommunistische Partei heiße brüderliche Willkommensgrüße.

Willkommen, ihr antifaschistischen Kämpfer! Die Sondergerichte und die reaktionären Gerichte, haben euch in die Justizgefängnisse und Konzentrationslager geworfen, weil ihr in der antifaschistischen Einheitsfront der Arbeiterklasse der Faschisten entgegenstand, weil ihr gegen den Faschismus gekämpft, weil ihr vor den Volksvertretern und Volksvertreterinnen und auf den Straßen den Mut nach Brot und Arbeit fordert. Als „Kerkerhäftlinge“ wurden ihr verurteilt, weil ihr für die Befreiung des deutschen Vaterlands und die Befreiung der Welt von der Herrschaft der Faschisten und der imperialistischen Mächte kämpft. Wir sind stolz auf euch, weil ihr die Befreiung des Vaterlands und die Befreiung der Welt von der Herrschaft der Faschisten und der imperialistischen Mächte begehrt.

Die Diktatur, die auch die Freiheit bröckelt, ist kein Hindernis für die Befreiung der Massen und ihrer Befreiung, sie ist nicht verheerend auf die Massen und andere bürgerliche Parteien. Sie ist das Ergebnis des unermüdeten Kampfes, den die werktätigen Massen unter Führung der kommunistischen Partei und der roten Hilfe in der proletarischen Einheitsfront gegen die Terrorherrschaft, die Faschisten und die Schreckensherrschaft der reaktionären Gerichte, in der Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen geführt haben. Die Massenorganisationen, die Massenversammlungen, die Demonstrationen, die Protestmärsche in den Betrieben gegen die Terrorherrschaft für einen Teil der eingekerkerten antifaschistischen Kämpfer die Freiheit gebracht.

Ohne Arbeit, ohne Brot, der Arbeitslosenunterstützung beraubt, werdet ihr entlassen. Euch empfängt die brüderliche Solidarität aller

Werktätigen, für deren Befreiung ihr in vorderster Front gekämpft habt.

Wir wissen, daß Zuchthaus und Gefängnis euren Kampfeswillen nicht schwächen, sondern stärken hat. Wir wissen, daß ihr euch einsetzt, um die Willensfront des kämpfenden Proletariats. Wir wissen, daß ihr wieder mit in der vorderen Front stehen werdet im Kampf um die Befreiung aller Opfer der Klassenjustiz.

Vorwärts zu neuen Kämpfen! Vorwärts zu neuen Siegen! Vorwärts für ein freies sozialistisches Deutschland!

Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands.

Fordert die Freilassung des Genossen Scheer

Perlin, 23. Dezember. (Sig. Drahtbericht.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat gegen den Immunitätsbruch, der die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Scheer darstellt, scharfe Beschwerde eingelegt, die inzwischen an das Reichsinnenministerium weitergeleitet wurde.

Laßt nicht nach in eurer Forderung für Freilassung unseres Genossen. Kämpft für seine, wie für die Befreiung aller proletarisch-politischen Gefangenen.

Versailler Diktat und Völkerbundsbeschlüsse

zur Unterdrückung der nationalen Minderheiten werden nur im gemeinsamen Kampfe des deutschen und polnischen Proletariats fallen.

Wählt überall Delegierte zur internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz, die nicht am 22. sondern am 29. Januar 1933 stattfindet

SPD.-Sekretär Staude für Nazi-Tolerierung

Die SPD. hat den Faschismus hochgezüchtet — In Friedeberg erklärt Staude, daß die SPD. jede legale Regierung, also auch das faschistische Schleicher-Kabinett, ertragen könne

Friedeberg. Am vergangenen Sonnabend fand im Schützenhaus eine Versammlung mit Auftreten der „Roten Spötter“, Friedeberg, einberufen von der SPD., statt. Von Friedeberg selbst waren etwa 20 bis 30 Personen anwesend, trotzdem der Oberdemagoge Buchwitz sprechen sollte. Dieser schied allerdings eine Vertretung in Gestalt des Bezirkssekretärs F a u d e, Görlich. Staude verzapfte ein derartig demagogisches Zeug, daß wir einige seiner Sätze festzuhalten wollen. Betonte doch Staude, „so lange wie die Demokratie bestand, hatte jeder gleiches Recht“. Wie sah es nun aus mit der „Demokratie“ und dem „gleichen Recht“? Hatte nicht S e v e r i n g den N.F.B. verboten, nicht in der sogenannten „demokratischen Zeit“ schon kommunistische Zeitungen verboten, währenddem man Stahlhelm und Nazis nicht ein Haar krümmte? Und wenn Staude weiter ausführte, „daß 1919 nur zehn Prozent schwarzweißrot gewählt hätten, heute dagegen 46 Prozent“, so müssen wir schon sagen:

Es ist gerade das Verdienst der SPD., daß die Schwarzweißrotten, daß die Faschisten so emporgelommen sind.

Nach den Aussagen Staudes sind daran die Arbeiter schuld, weil sie die „Demokratie“ nicht ausgenutzt haben. Er stellte weiter die „Eiserne Front“ als einen Faktor hin, mit dem Hitler zu rechnen habe. Nun, wir wissen, daß es manchen kampfgewillten Arbeiter in der „Eisernen Front“ gibt, aber wir wissen auch, daß die Führerschaft nie und nimmer ernstlich den Kampf führen wird noch will. Staude erklärte im selben Atemzug, daß sie jede legale gewordene Regierung, also auch Schleicher, ertragen. Das heißt,

wenn heute Hitler legal zur Regierung kommt, wird die SPD. nichts einzuwenden haben.

Das bedeutet, daß man sich einig ist, die Arbeiterklasse dem Faschismus auszuliefern. Staude betonte weiter: „Wer heute davon faßelt, einmal mit Waffengewalt auf der Straße die Freiheit zu erobern, der ist verrückt.“ Die einzige Waffe wäre die Einigkeit. Der Generalstreik dürfe nur im letzten Augenblick angewendet werden. Staude hält den „letzten Augenblick“ für gekommen, wenn die Arbeiterorganisationen geschlagen sind. Nein, das Wort Generalstreik ist im Munde der SPD.-Führer nur eine Phrase.

Zum Schluß leistete sich Staude noch ein ganz tolles Stückchen. Er

erklärte, das Tolerieren der Nazis wäre den Arbeitern zum Schaden, aber das Tolerieren der SPD. wäre der Arbeiterschaft von Nutzen (!) gewesen. Wir sagen mit Karl Marx: „Nieber ein Ende mit Schreden als ein Schreden ohne Ende!“

Aus der Rede Staudes können die sozialdemokratischen Arbeiter entnehmen, daß die SPD.-Führer auch weiterhin ihre ganze Kraft im Interesse des Kapitalismus einsehen. Das muß zur Auslieferung der SPD.-Anhänger an den Faschismus führen. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden nicht gewillt sein, diesen Weg zu gehen. Auch für sie gibt es nur den revolutionären Ausweg des gemeinsamen Kampfes. SPD.-Arbeiter, reißt euch ein in die Einheitsaktion gegen die faschistische Diktatur! Seid nicht Arzt, sondern Totengräber des Kapitalismus!

Saganer Stadtverordnete tagen unter Polizeischutz

Sagan. Am 20. Dezember tagte auf Drud der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion die zweite außerordentliche Stadtverordneten-Versammlung mit dem Thema: „Nochmalige Stellungnahme zu den Anträgen der kommunistischen und sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen auf einmalige Gewährung von Sonderunterstützung.“ Nach Verlesung des Protokolls gab Stadtverordneter-Vorsitzer Dr. F e i l h a u e r bekannt, daß die kommunistische und SPD.-Fraktion Anträge auf nochmalige Beratung zur einmaligen Geldbeihilfe gestellt haben. Nachdem sich Gen. Kunert zur Geschäftsordnung meldete und die Zurückziehung der Polizei im Rathaus forderte, erklärte der Vorsitzende, daß darüber nicht er, sondern die Polizeiverwaltung verfügt hätte, außerdem sei die Polizei ja nicht im Stadtverordnetensitzungssaal anwesend. Gen. Kunert erklärte, es sei unerhört, daß die Saganer Arbeiterschaft schlimmer als Sträflinge behandelt werde, indem man auf jeder Treppe im Storkorridor die Blauen sehe, ja sogar Schupo habe man herangeholt, die der Saganer Bürgererschaft eine Unmenge Geld kostet. Nachdem verschiedene Vorschläge gemacht waren, formulierte man die Anträge. Es wurde beschlossen, für

Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen

An den Magistrat der Stadt Friedeberg!
Wir Erwerbslosen von Friedeberg fordern eine Winterhilfe:
Für Verheiratete 10 Mark
Für Ledige 5 Mark
Für jedes Kind 3 Mark
Für jeden Erwerbslosen 2 Ztr. Kartoffeln
Wir Unterzeichneten bringen hiermit unsere Not zum Ausdruck und verlangen dringend, daß der Antrag so schnell wie möglich behandelt wird.

Der Geißlichkeit von Friedeberg eine kleine Weihnachts„freude“!

Das wurde von Seiten der Kommunisten beschlossen, weil die Geißlichkeit so für die Arbeiterschaft ist.
Diese kleine Weihnachts„freude“ soll in Gestalt einer Kirchenaustrittskampagne zum Ausdruck kommen. Es ergeht daher an die Friedeburger Arbeiter der Ruf, am 21. Dezember, vormittags um 9 Uhr, sich am Markt einzufinden zum gemeinsamen Kirchenaustritt.

Chepaare 10 Mark, Alleinstehende 5 Mark, Ledige bei den Eltern 2,50 Mark, je Kind 1 Mark

zu verabsorgen. Den Hunger der Saganer Proleten und den Bürokratismus der Behörde gegenüber den Beschäftigten bestätigte recht treffend der Nazi-Stadtverordnete Neumann. Er erklärte wörtlich: „Als der Kreis Sagan selbständiger Kreis war, haben wir nur 1,3 Millionen Mark Schulden gehabt, wogegen durch die Kreiszusammenlegung der Kreis Sprottau mit einer Schuldenlast von 4,6 Millionen Mark Gesamtschulden und Zinsen aufzubringen muß.“ Wir haben uns durchgehungen, und die anderen haben drauflos gewirtschaftet.“ Hier bestätigt Nazi-Neumann recht deutlich,

daß Sagan die Stadt des Hungers ist.

Gen. Kunert forderte den 1. Bürgermeister auf, sich zu äußern über die Ansicht und Vorschläge des Magistrats, worauf dieser „beliebte Mann“ der Saganer Einwohnerschaft keine Antwort erteilte, denn er erklärte: „Ich behalte mir eine diesbezügliche Meinung vor und werde im Magistratskollegium eine Erklärung abgeben.“ Das ist für die Hilfsbedürftigen eine deutliche Sprache. Man will also keinesfalls helfen. Gen. Kunert gab dem gutbezahlten Beamten zur Antwort, er möge auch einmal nur vier Wochen lang mit der lärglichen Unterstützung von 8 Mark eines Erwerbslosen existieren, dann werde er nicht mehr höflich lächeln. Genossin W e h n e r zeigte auf, daß die große Not vielfach Erwerbslose mit schwachem Geist, durch die Verzweiflung getrieben, dem Wirtshaus zuführt. Aber man möge in die besser situierten Schichten sehen: Sie haben vielfach mehr Neigung zum Quartalskäufer als der Prolet, nur sie haben ihre Verstecke, sowie Autos, zur Verfügung, um sich den Bliden der Öffentlichkeit zu entziehen. Die Saganer Erwerbslosen haben mit aller Deutlichkeit bemerken können, daß, wenn es sich um ihre Interessen handelt, niemals Mittel vorhanden sind. Handelt es sich aber um die Lichtreflexe, die nichts als ein Geschäft der Aktionäre bedeutet, da steht der Vorteil offen. Die kleinen Geschäftsleute haben sich sogar geweigert, ihren aufgezwungenen Lasten in bezug auf Tragung der Kosten für Lichtreflexe nachzukommen. Einige Geschäftsleute erklärten, daß sie lieber dieses Geld den Erwerbslosen gäwendet hätten, denn diese würden es wieder in Ware umsetzen. Erwerbslose, für euch hat man nichts, für die Reichen alles! Organisiert und steigert weiter den Kampf gegen Hunger und Frost!

Internationale Arbeiterhilfe Görlitz

Proletarischer Abend am 1. Weihnachtstag im Lokal „Felsenkeller“, Sonnenstraße. Beginn 18 Uhr. Ab 20 Uhr Tanz. Eintritt 10 und 20 Pfennig. Stärkt durch euer Erscheinen unser Solidaritätswert!

Beginnt das Kampfsjahr 1933

mit dem Massenvertrieb der „Jungen Garde“! Abonniert sie sofort. Sie kostet 10 Pfennig.

Reformistischer Betriebsrat als Unternehmerlatai

Weil eine Arbeiterin für Bezahlung der Sonntagsarbeit im Interesse der Gesamtbelegschaft eintritt, sorgt er für die Entlassung derselben

Hafelbach, Kr. Landeshut. Seit dem Frühjahr arbeitet die Porzellanfabrik der Firma K a u s c h e r t aus Schmiedeberg. Um die verstorbenen Mitglieder des Arbeiterverbandes, die seit der Stilllegung der Fabrik vor zwei Jahren für den Verband verloren sind, wieder in den Verband zu bekommen, ließ die Z a h l e l l e H i r s c h b e r g durch einige Vertreter die Mitglieder auffuchen. Der Vertreter B a r t e l aus Schmiedeberg kam auch in Hafelbach zu der Arbeiterin G. M. Diese kritisierte die Arbeit des Verbandes. Der Vertreter erklärte ihr, sie solle nicht gleich das Verbandsbuch wegwerfen, sondern, wenn ihr etwas nicht paßt, sich an ihn wenden.

Am Sonntag, dem 10. Dezember, sollten nun die Glasurarbeiter wegen eifriger Bezahlung ein paar Stunden Sonntags arbeiten. Die Arbeiterin M. arbeitete aber nicht, sondern schrieb an den Kollegen B a r t e l einen Brief, in dem sie darauf hinwies, daß doch für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag gezahlt werden müssen und sie deshalb nicht arbeite. Die Arbeiterin setzte auch andere Belegschaftsmitglieder von ihrem Schreiben in Kenntnis, die dieses der Betriebsleitung übermittelten. Einige Frauen und sehr prominente Gewerkschaftsmitglieder erklärten nun, um auch weiterhin das Ansehen der Betriebsleitung zu haben, daß sie mit der Arbeiterin M. nicht mehr arbeiten möchten. Das Ansehen war für den Betriebsrat F i e b i g das Signal. Er holte einen kleinen Teil der Belegschaft zusammen und fragte, ob die Arbeiterin M. entlassen werden solle oder nicht. Als auf diese Erklärung Rufe laut wurden, wie z. B. „Die muß raus!“ und „Wahol!“ ging der Betriebsrat Fiebig im Eilmarsch in das Büro und erklärte dem Betriebsleiter L e l l e t, daß die Arbeiterin entlassen werden müsse; es wäre einstimmiger Beschluß (!).

Kommt eine Arbeiterin zum Betriebsrat wegen zuwenig Lohn, so erklärt er, sie solle nur selbst ins Büro gehen und sich beschweren. Wir müssen das Verhalten des Betriebsrates auf das schärfste verurteilen. Auch das Verhalten einiger Belegschaftsmitglieder ist falsch und schadet den Arbeitern. Die Arbeiterin M. hat selbst erklärt, daß das, was sie getan habe, nur im Interesse der gesamten Belegschaft geschahen ist.

Am 17. Dezember fand nun eine Mitgliederversammlung der Belegschaft statt, in welcher der Gewerkschaftsangehörige P o h l dem Betriebsrat erklärte, daß er zu solchen Maßnahmen kein Recht hat. Die Arbeiterin M. dürfe nicht entlassen werden. Wir sind nun neugierig, ob der Betriebsrat F i e b i g wegen verbandsschädigenden Verhaltens aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wird. Sollte dies nicht der Fall sein, so nehmen wir an, daß die Leitung des Verbandes die Handlungsweise des Fiebig billigt. Deshalb muß die Belegschaft in einer Versammlung den Ausschluß fordern, und darüber hinaus ihm die Funktion als Betriebsrat sofort entziehen, weil er das Vertrauen der Belegschaft in schiefster Weise mißbraucht hat.

Wie für den Herrn Pastor und für die Erwerbslosen geforgt wird

Seidorf i. Nhb. Die hiesige evangelische Kirche führte am Sonntag, dem 11. Dezember, ihren neuen Herrn Pastor ein. An und für sich eine Sache, die zwar nichts Neues, aber doch wert ist, den hungernden Erwerbslosen unterbreitet zu werden. Schon Tage vorher wurden durch Frauen hiesiger evangelischer Kirchengemeinde ganze Körbe voll Fleisch, Butter, Kartoffeln und anderer Lebensmittel für den ankommenden „Vertreter Gottes“ gesammelt. Damit dieser Herr nicht etwa bei seiner ersten Rede von der Kanzel an Hungerkrüppel umhüllt.

Wenn man nun bedenkt, wie unsere Erwerbslosen mit der noblen Liebesgabenpende, genannt „Winterhilfe“, von hier abgepeißt werden, so ist das geradezu beschämend. Dieser Herr bekommt eine Winterhilfe, die mehr ausmacht als das, was 25 Erwerbslose zusammen bekommen haben. Dazu ist noch zu bemerken, daß Erwerbslose, welche schon über drei Jahre ohne Arbeit sind, nichts bekommen haben. Die Erwerbslosen von Seidorf haben an die Gemeindevorstellung

einen Antrag auf einmalige Winterbeihilfe in der Höhe des Sages, den jeder Erwerbslose in einer Woche an Unterstützung bekommt, gestellt. An und für sich ein beachtender Antrag. Wir werden ja sehen, wie diese Herren, welche sonst aus Nächstenliebe bald vergehen, sich dazu stellen werden. Den Seidorfer Erwerbslosen sei gesagt: Nur wenn ihr mit allen euch zu Gebote stehenden Mitteln für eure Forderungen kämpft, werdet ihr etwas erreichen. Es rettet uns kein höheres Wesen, uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun . . .“

Das war die richtige Antwort

Seidorf i. Nhb. Folgender handeltlicher Fall, welcher die katholische Kirche so richtig entlarvt, wie sie ebenfalls in Seidorf ab. Dem Klassenossen Fischer aus Seidorf ward dieser Tage sein Bruder. Er wollte beim katholischen Pfarrer Rander aus Hermsdorf die Beerdigung bestellen. Dieser lehnte es aber ab, weil der Verstorbene nicht zum letzten Abendmahl erschienen konnte. Der Verstorbene war wohl evangelisch getraut, auch seine Kinder behielten die evangelische Schule, aber er hat sein Verbot lang an die katholische Kirche seine Kirchensteuer bezahlt. Nun, der Klassenosse Fischer hat mit seinem anderen Bruder die richtige Antwort gegeben: Sie haben am folgenden Tage ihren Austritt aus der Kirche vollzogen.

Erwerbsloser bringt seine Kinder auf das Gemeindeamt

Der SPD.-Gemeindevorsteher soll dafür sorgen, daß die Kinder satt werden — Er hat dem Erwerbslosen die Unterstützung um 3,50 Mark für Miete gekürzt

Petersdorf i. Nhb. Am Freitag, dem 9. Dezember, ging der Erwerbslose K a h l e wie gewöhnlich nach der Stempelkiste, um seine Unterstützung zu holen. Diese beträgt 18 Mark für sich, Frau und vier Kinder. Von diesen 18 Mark werden ihm laut Vereinbarung 2 Mark wöchentlich für Kartoffeln abgezogen, wogegen er auch nichts einwendet. Er mußte jedoch bei der Auszahlung seiner Hungervergnügung feststellen, daß ihm noch 3,50 Mark für Miete abgezogen worden waren, so daß ihm ein Betrag von 12,50 Mark blieb.

Der Erwerbslose Kahl ging hierauf zum Gemeindevorsteher, dem SPD.-Mann Dr. D o r n (Doktor des tranken Kapitalismus), welcher der Veranlasser dieses Abzuges ist, und verlangte sein ihm zustehendes Geld. Dieser SPD.-Häufeling erklärte dem Arbeiter: „Gib die Miete, dann das Fressen; ich gebe nicht nach.“ Kahl ging danach zur Schule und dessen Leiter und bat, seine Kinder mitnehmen zu dürfen. Nach Aussprache mit dem Leiter der Schule erklärte dieser:

„Das ist wirklich ein Fall, der die Leute zur Verzweiflung treiben kann!“

Der Erwerbslose Kahl brachte alsdann die Kinder zum SPD.-Doktor und erklärte ihm: „Ich lasse die drei Kinder auf dem Gemeindeamt, bis ich die 3,50 Mark ausgezahlt erhalte; ich werde auch noch mein viertes Kind im Wagen holen.“ Der „hochkudierte“ Dorn brüllte daraufhin den Verzweifelten an: „Kaus! Kaus!“ Der Erwerbslose Kahl ließ sich nicht provozieren und holte das vierte Kind. Darauf ließ Dorn die Türen verriegeln. Der Erwerbslose Kahl schob den Kinderwagen in das Postgeizimmer und erklärte, er habe für die Kinder nichts zu essen, da soll die Polizei für Unterkunft und Nahrung für die Kinder sorgen. Die hinzugezogene Gemeindevorsteherin verurteilte das Kind mit schönen Worten satt zu machen. Durch den anwesenden Amtsvorstehervertreter G u e r wurde dem Erwerbslosen Kahl erklärt, er soll die Kinder nach Hause nehmen, das Kreiswohlfahrtsamt würde die Sache regeln. Der bürgerliche Amtsvorsteher-

vertreter hatte jedoch mehr Einsicht für einen Erwerbslosen und handigte dem Genossen die 3,50 Mark aus.

Arbeiter von Petersdorf! Es ist ein Verbrechen, wenn ein Vater für seine Kinder sorgt. — Es muß bestraft werden, wenn ein Vater seine Kinder wegen Hunger auf das Gemeindeamt bringt. Es ist eine Frechheit, daß ein mehrere Jahre langer Erwerbsloser seine Kinder erst satt machen will und dann die Miete bezahlt. . . Diese Reueerungen hat der sehr gebildete SPD.-Doktor Dorn getan. Der Vorsteher hatte ferner an Herrn Guer das gemeine Anliegen gestellt, den Arbeiter Kahl zu verhaften.

SPD.-Arbeiter, hier an diesem einzelnen Fall könnt ihr sehen, wessen Geistes Kind eure Führer sind! Jahrelang werdet ihr verkröppelt, jahrelang werdet ihr betrogen. Immer trostloser wird eure und eurer Kinder Zukunft, immer mehr zerlumpt ihr an Kleidung und leidet an Unterernährung.

Darum, SPD.-Arbeiter und Mittelkändler, wolt ihr eine Verbesserung eurer Lage, wolt ihr eine bessere Zeit, wolt ihr, daß die ewige Winterhilfsbettelei aufhört, so reißt euch ein in die rote Einheitsfrontaktion!

Togal
unübertroffen bei
Rheuma - Gicht
Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuß, Erkältungskrankheiten.
Stark barnsäurelösend, bakterientödtend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!

Der wahre Zweck der SPD.-Erwerbslosenheime

Breslau. Welchen Zweck die SPD.-Erwerbslosenheime verfolgen, das geht aus einem Artikel der SPD. hervor, welcher an die Geschäftsleitung von Pöpelwitz gerichtet ist.

Nachfolgend veröffentlichen wir den genauen Wortlaut dieses Schreibens, damit die Erwerbslosen sich überzeugen können, welche Rolle die SPD. unter den Erwerbslosen spielt.

SPD.-Erwerbslosenheim Pöpelwitz

Breslau, im November 1932.

Seit Anfang d. J. sind von Seiten unserer Parteileitung Erwerbslosenheime geschaffen, die den Zweck haben, die Erwerbslosen von den Straßen wegzunehmen und so nach Möglichkeit zu verhindern, daß die politischen Auseinandersetzungen öffentlich ausgetragen werden. Der rege Besuch des Heimes, es sind täglich immer umändernd 100 Erwerbslose verammelt, ist der Erfolg unseres Bestrebens.

Bei Beobachtung der Leute, lernt man erst so recht begreifen, wie groß das Elend dieser Menschen ist. Unser Wille geht dahin, so weit als möglich die Notlage derselben zu lindern. Sehr gern möchten wir unseren Erwerbslosen zum Weihnachtsfest eine kleine Freude bereiten, leider fehlen uns aber dazu die Mittel. Deshalb wenden wir uns mit Vertrauen an die Geschäftsleitung von Pöpelwitz mit der Bitte, durch Beiträge von Gaben, gleich welcher Art, sei es in Form von Naturalien oder Warenmitteln, den Armen der Armen eine Weihnachtsbescherung mit bereiten zu helfen. Jede, auch die kleinste Gabe, wird mit Dank angenommen.

Hoffend, daß auch Sie unser Liebeswerk mit unterstützen werden, zeichnet im Voraus dankend

Erwerbslosenheim Pöpelwitz, Pöpelwitz-Straße 36,
gez. Paul Auerbach, Heimleiter.

P.S. Wir werden uns erlauben, durch einen mit Ausweis versehenen Boten, die uns zugedachte Spende abholen zu lassen.
(Stempel) SPD.-Erwerbslosenheim Pöpelwitz.

Um die Erwerbslosen von der Straße fernzuhalten und die öffentlichen politischen Auseinandersetzungen zu verhindern, hat die SPD. diese Heime geschaffen. Diese Sakrilege, welche auch hier die Sozialdemokratie spielt, zeigt klar auf, daß diese Partei, wie wir das

schon immer behauptet haben, kein Interesse am Kampf der Erwerbslosen hat, sondern sie nach den Methoden der „Christlichen Volkvereine“ im Sinne der Ruhe und Besonnenheit erzieht.

Die Erklärung, daß sie bei Beobachtung der Leute erst so richtig die Not und das Elend kennen lernen, ist nichts anderes, als eine elende Deuschel. Denn, wenn diese Strategen ein Interesse an der Beseitigung dieser Not hätten, dann würden sie nicht ihre Vertreterrolle dadurch spielen, indem sie bei jedem Antrag, den die Erwerbslosen zur Verbesserung ihrer Lebenslage stellen, sich gegen diese Anträge im Interesse der Erhaltung dieses kapitalistischen Hungersystems weiden.

Deshalb müssen auch die sozialdemokratischen Genossen aus dieser Tatsache die richtige Lehre ziehen, indem sie erkennen, daß die Not der Erwerbslosen nicht dadurch beseitigt wird, daß sich die Erwerbslosen im stillen Klammern verziehen, damit ja niemand ihren Hunger schrei hört, sondern nur dadurch, daß die Erwerbslosen in aller Öffentlichkeit immer wieder ihre Forderungen hinausschreien, und daß sie wirklich den Kampf organisieren für die Deimung der Getreidespeicher, Warenlager und Abofenhalben, können sie ihre Lage verbessern.

Dieses bedeutet natürlich das, weil diese Frage eine politische Frage ist, daß auch die Erwerbslosen nicht vom „politisch-neutralen“

Volkskalender 1933

Aus dem Inhalt:

Kalendarium — Allgemeines Wissen — Aus der Arbeiterbewegung — Für die Kleinbauern und Landarbeiter
Preis 30 Pfennig. Organisationen erhalten hohe Rabatte.
Bestellungen bei der Schlef. Verlags-Gesellschaft, Breslau 10,
Trebnißer Straße 50.

Standpunkt diesen Kampf führen können, sondern in geschlossener Einheitsfrontaktion muß dieser Kampf geführt werden.
Dah es möglich ist, daß die Erwerbslosen sich Verbesserungen erkämpfen können, das zeigen die Beispiele der letzten Tage, wo die Erwerbslosen in Liebau und Mothenbach durch ihr energisches Auftreten sich eine Verbesserung ihrer Unterstellungsbedingungen erkämpft haben.

PROLETON Tonfilmbühne

Gabitzstraße 20
Höfchenstraße 49

Im Weihnachtsfest-Programm

Greta Garbo erster Tonfilm in deutscher Sprache

Mafa Hari

Die Geschichte einer Bajaderen-Tänzerin, die für die gefährlichste Spionin des Weltkrieges gehalten wurde

Und Lachen über den urwüchsigen Humor von Pat und Patachon im Tonfilm

1000 Worte Deutsch

Ab 23. Dezember, täglich 4.30, 7.00 und 8.45 Uhr

Sonntag und Montag Große

Kindervorstellung Pat und Patachon „1000 Worte Deutsch“

1. und 2. Feiertag 2.30 Uhr Arbeiter-Sport-Kartell

Zentral-Theater

Breslau, Westendstraße 50-52

Bis einschli. Donnerstag, den 20. Dezember Das mit größter Sorgfalt ausgewählte Festprogramm

Ein berauscher Genuß für Auge und Ohr

Lee Darru — Karl Jöken

in dem neuesten Tonfilm-Triumph

„Liebe auf den ersten Ton“

mit Lilli Waldmüller, Johannes

Kleemann, Adele Sandrock

Ein köstlicher Film voll Liebe, Gesang, Musik

und Tanz, der Ihnen unvergeßliche Stunden

des Glückseligens bringt

Ferner:

Die aufsehenerregende Groß-Premiere! Ein

deutsches Filmwerk, das in der Öffentlichkeit

mit größter Spannung erwartet wird

„Flucht in die Fremdenlegion“

In der Hauptrolle: Hans Stüwe

8 Akte

Ufa-Wochenschau Volles Orchester Ton-Kulturfilm

Im Variete-Teil: Eine Starnummer der inter-

nationalen Weltstadt-Varietes

Großmann Company

Die weltberühmten Schleuderbrett-Akrobaten

Beginn: Täglich 4.30, Letzte Vorst. 8.45

Lebende Spiegelekarpen

blutfrische Seefische, sämtliche Fischwaren, preiswert in dem Fischspezialhaus

Karl Schinzel

Breslau 17, Frankfurter Str. 127 u. 150

Lederwaren

Damenhandtaschen
Aktenuappen
Stadtkoffer
Brieftaschen
Zigarrentaschen und
Büchertaschen
empfiehlt für das Fest

Emil Kämpf

Breslau, Friedr.-Wilhelm-Str. 84

Apfelwein . . .	Mk. 0.60	per Fl.
Brombeerwein . . .	0.75	„
Erdbeerwein . . .	0.75	„
Heidelbeerwein . . .	0.75	„
Johannisbeerwein . . .	0.75	„
Stachelbeerwein . . .	0.75	„
Kirschwein . . .	0.75	„

Heinrich Nitschke

Inhaber Gustav Seidel
Fruchtwein-Kellerei Gegr. 1809
Telephon 501 88 Reuschestraße 54

Praktische Weihnachtsgeschenke

Eigenhandlung Brandt

Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 89

(Zwischen Einlegauer Platz und Reuschestraße)

Konrad Fischer

Breslau, Lehndamm 5 a

Ecke Kreuzstraße

empfiehlt

lebende Karpfen, Schleien, Seelfarben

Leb- und Honig-Kuchen

Marzipan, Nugat und Schokoladen-Dessert

alles in anerkannt besten Qualitäten zu niedrigsten Preisen empfiehlt

P. Pohl

Breslau — Filialen in allen Stadtteilen

Jamaika-Rum 1⁹⁰

Verschnitt, 1/4 Flasche (3/4 Ltr.) ex. Gl.

Breslau, Matthiasstr. 83

Telefon 430 81

Großdestillation, Likörfabrik, Weingroßhandlung

R. Monski

Großdestillation, Likörfabrik, Weingroßhandlung

Frisiersalon

Fritz Spear

Strehlen, Paul-Ehrlich-Straße 6

Drogen, Farben, Photo

+ Dornbusch-Drogerie +

Liegnitz, Jauerstraße 68

B Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Schlesien

Ohlau

Motorräder — Fahrräder
Reparatur-Werkstatt
sowie alle Ersatzteile 9656
Adalbert Ettl, Ring Nr. 14

Breslau-Zentrum

Radio Lautsprecher-Anlagen
Sämtliche Einzelteile
Nikolaistraße 13
37319

Steinau a.O.

Schuhhaus
Nowak
Verkehrslokal der
Werkstätten
Gasthaus 30282
„Zum Kronprinzen“
37283

Reserviert N. 37284

Kaufhaus Müller, Oderstr. 29

Arbeitskleidung für alle Berufe 30285

Reserviert OS. 30281

Bernstadt

Reserviert 9734

Peisterwitz

Kauf bei Klaus
denn er ist billig und gut 0654

Die sparsame Hausfrau kauft ihren Bedarf an Lebensmitteln und Wirtschafts-Artikeln bei

Hans Kern, Quelldorferstraße 37 9655

Fraustadt

Central-Kaufhaus
Größte Auswahl Niedrigste Preise
Zweitelmerstraße 9/11 30418

Feder-Geschäft

A. Schlecht

Görlitz, Brüderstr. 3

Fritz Hanisch

Görlitz, Weverstr. 14

Kolonialwaren und Lebensmittel

Henry Henkel

Görlitz, Bagajstraße 22

Lebensmittel

Bäckerei und Konditorei

I. F. H. Scheunert

Inh. Franz Scheunert
Görlitz, Hohestraße 27

W. P. Kaffee Rösteri

Salomonstraße Nr. 28 empfiehlt beste Kaffees, 1/2 Pfd. 0.35 bis 1.10 Mk.

H. Siegemund, Görlitz

Spezialhaus für Fein- u. Baumwollwaren, Tricotagen, Wäsche / 8% Rabatt in blauen Marken

Mohn

aufs Beste gereinigt u. gebrüht, aufs Feinste gerieben, empfiehlt

Bäckerei Ritzkowsky

Görlitz, Berliner Straße Nr. 22

Besucht die Fledermaus-Lichtspiele in Gottesberg

Arbeiter, kauft eure Kolonialwaren (Spirituosen, Tabak und Zigarren) bei

PAUL FEIGE

Gottesberg-Fellhammer-Friedland

Oefen

Herde

Wirtschaftsartikel

W. Grittner

Jauer, Goldberger Str.

Infecate

haben in unserer Zeitung den besten Erfolg

Leib-, Bett-, Tisch- und Hauswäsche

in anerkannt guten Qualitäten u. niedrigsten Preisen kauft man stets im

Leinenhaus A. HEINKE

Neusalz a. O., nur Friedrichstr. 18

Rauch

Das leistungsfähigste Schuhhaus

Görlitz, Berliner Straße

Bunzlau, Markt 19, Zittau, Untere Bautzener Straße

Versichert Euch beim „Adler“

Volksversicherungsverein a. G. vormals: Vereinigung Görlitzer Sterbekassen

Görlitz, Obermarkt Nr. 13

Lebens- und Sterbegeld-Versicherung

Berliner Schnell-Bäckerei

in Spezial-Teegebäck sämtliche Kuchen-Sorten

Görlitz, Berliner Straße

Wild, Fisch u. Delikatessen

Görlitz Emrichstraße 32

W. P. Kaffee Rösteri

Salomonstraße Nr. 28 empfiehlt beste Kaffees, 1/2 Pfd. 0.35 bis 1.10 Mk.

H. Siegemund, Görlitz

Spezialhaus für Fein- u. Baumwollwaren, Tricotagen, Wäsche / 8% Rabatt in blauen Marken

Mohn

aufs Beste gereinigt u. gebrüht, aufs Feinste gerieben, empfiehlt

Bäckerei Ritzkowsky

Görlitz, Berliner Straße Nr. 22

Besucht die Fledermaus-Lichtspiele in Gottesberg

Arbeiter, kauft eure Kolonialwaren (Spirituosen, Tabak und Zigarren) bei

PAUL FEIGE

Gottesberg-Fellhammer-Friedland

Oefen

Herde

Wirtschaftsartikel

W. Grittner

Jauer, Goldberger Str.

Infecate

haben in unserer Zeitung den besten Erfolg

Leib-, Bett-, Tisch- und Hauswäsche

in anerkannt guten Qualitäten u. niedrigsten Preisen kauft man stets im

Leinenhaus A. HEINKE

Neusalz a. O., nur Friedrichstr. 18

Gelegenheitskäufe!

1 edelnes Wohnzimmer 245.-

1 Schlafzimm. 295.-

1 Schreibtisch 55.-

3 Nussbaum-Büchertische 48, 75, 95 RM.

1 Sofa (85 Cm.)

1 Schlafsofa 25.-

3 Kofelpolsterbänke

Stahlrohrbetten 18.-

Auflegematratzen

3 teilig mit Reil 18.-

Teppiche v. 8 RM. an

Westend Größt, Görlitz

Berliner Straße 42

Ihr Vorteil

ist es, wenn Sie täglich

Hausmate

in Silberpackung trinken

das gesundheitsfördernde

Familiengetränk

1 Paket

ausreichend für 200 Tassen, nur

40 Pfennig

Reformhaus Stark

Waldenburg

Hauptstraße Nr. 25

Apollo-Theater

Görlitz, Hospitalstraße 2

Unser Weihnachtsprogramm

2 Tonfilme

Brigitte Helm — Rudolf Forster

in

Die Gräfin von Monte Christo

mit Lucie Englisch

Ein Film aus der großen Welt des Abenteurers

Elga Brink, Hans Stüwe

in

Die Jugendgeliebte

(Goethes Frühlingstraum)

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Schwarzwaldau, Bez. Landeshut

Paul Simon

Prima Rohfleisch und beste Würst

Täglich von früh ab

Warme Wurst und Brötchen

Liegnitz, 20 Sportstr. 20

Weinkeller Meyerotto & Co.

Neusalz, Breslauer Straße 13

Nicht einmal 4 000 neue Siedlungsstellen 1933!

Die Kommunisten fordern entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes

In der Sitzung des Siedlungsausschusses des Reichstages am 20. Dezember erklärte der Regierungsvertreter, daß in Ostpreußen nicht, wie Schleicher in seiner Rundfunkrede irrtümlich sagte, 800 000 Morgen zur Besiedlung kämen, sondern nur 80 000 Morgen. Es müsse ein Dör-, Aulse- oder Uebermittlungsfehler vorliegen! Es kämen allerdings hinzu noch etwa 220 000 Morgen in Brandenburg und Schlesien. Von den 1 300 000 Morgen, die Schleicher verkündete, blieben insgeheim nur soviel Siedlungsland übrig, wie für Ostpreußen allein angekündigt war! Die Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion konnten dem Regierungsvertreter nachrechnen, daß die genannte Summe an Geld und Land noch nicht einmal ausreichte für 4000 Siedlungsstellen. Der Siedlungskommissar des Zentrums, Direktor Schauff von der Gesellschaft für innere Kolonisation, mußte diese Angaben bestätigen. Der Regierungsvertreter blieb die Antwort schuldig. Die Siedlungsverheißungen des Generalkanzlers sind weiter nichts als eine Veruhigungsgehe für die Hunderttausende landloser Bauern und heillosen Bauernjöhne. In ihrem Namen erhoben die kommunistischen Vertreter die Forderung nach der entschädigungslosen Enteignung des Großgrundbesitzes, nach Niederschlagung der Renten und verlorener Zuschüsse, für ausreichendes Saatgut und Düngemittel für die Frühjahrsbepflanzung 1933.

Die kommunistischen Anträge wurden von allen Parteien ab-

gelehnt. Der Ausschuss nahm gegen die Stimmen der Deutschnationalen und des Zentrums einen Antrag auf Senkung aller Siedlerrenten auf mindestens drei Prozent an. Die Regierung hatte aber im voraus erklären lassen, daß der Finanzminister über die bisher bewilligte Senkung nicht hinausgehen könne.

Die sozialdemokratische Presse, u. a. auch die Breslauer „Volkswacht“ vom Donnerstag, dem 22. Dezember, veröffentlicht in markt-schreierischer Weise den Bericht von der Sitzung des Siedlungsausschusses des Reichstages und überschreibt ihre Meldung: „Sozialdemokratie hilft Siedlern und Landarbeitern.“ Die „Volkswacht“ verschweigt vollkommen die kommunistischen Anträge, und das deshalb, weil die SPD. mit den Nazis und allen anderen Parteien diese Anträge, die wirkliche Hilfe für die Siedler vorsehen, ablehnte.

Wir Kommunisten sind der Auffassung, daß Siedlung nur dann einen Sinn habe, wenn die Siedler auf ihrer Scholle auch existieren können. Sonst sind sie ja nach kurzer Zeit wieder auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Deshalb muß der Kampf um die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, Niederschlagung der Renten und verlorener Zuschüsse usw. auf außerparlamentarischer Basis geführt werden. Nur auf diese Weise werden die Siedler zu ihrem vollen Recht kommen.

Um die Amnestie betrogen



Mütter und Kinder der gefahrenen Klassenbrüder hungern und frieren. Gebt für die Winterhilfe der Roten Hilfe Deutschlands.

Nazis als Feinde der Siedler entlarvt

Im Siedlungsausschuss des Reichstages hielt der nationalsozialistische Redner eine Jungfernrede über das, was seine Partei alles von der Schleicher-Regierung für die Siedlung fordere. Die Kommunisten konnten die phrasenhaften Ausführungen sofort zurückweisen. Bei der Aufstellung der Donau bei Pärchim i. M. habe die Nazi-Regierung von Schwerin für die Quadratrute 2 bis 3 Mark, das sind 360 bis 540 Mark für den preussischen Morgen, verlangt. Das ist der Preis ohne Gebäude, ohne Inventar, ohne Uebergabe der Ernte. Dem „Agrarfachberater“ Hildebrandt des Landes Medtenburg verlas die Rede. Er habe die Zahlen in der Schulbude liegen lassen. Hätte er geahnt, daß solche Fragen kämen, so hätte er sich nochmals im Ministerium zu Schwerin erkundigt. Unser Medtenburger Genosse, der Bäcker (Kleinbauer) Schuldt, konnte aber die Zahlen belegen. Immer länger wurden schließlich die Gesichter der Nazis, als unsere Genossen im Ausschuss nachwiesen, daß sie alle selbst Zwerg- und Kleinbauern seien. Großschönauzig hatte ihnen der Nazi-Sekretär Hildebrandt zugerufen, sie hätten nichts mitzureden, da sie ja nichts von Landwirtschaft verständen.

In der Agitation, in der „Nationalsozialistischen Landpost“, in schönen Ausschüßreden spielen sich die Nazis als Siedlungsfreunde auf. Im Lande Medtenburg befehrt die Wirklichkeit die landarmen Bauern eines Besseren.

wurden die Schienenstränge vor längerer Zeit vereinfacht. Warum? Nur zur besseren Abwicklung des Verkehrs der Truppen und Munitionstransporte. Uns Proleten will man manchmal glauben machen, daß uns die Reichsbahn dadurch Arbeit und Brot verschafft. Dem ist aber nicht so. Das zeigen die weiteren Schritte. Seit kurzer Zeit finden in Doyerswerda Kurze statt in Gaskuh, an welchen jeder dienstfreie Mann teilnehmen muß. Auch plant man bereits schon größere Redungen zur Sicherung des reibungslosen Verkehrs bei Fliegerangriffen. Das geschieht alles nur im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Profitwirtschaft. Das beweist auch die immer schärfere Ausbeutung des Personals. Die Eisenbahner müssen die Augen gegen die Kriegsrüstungen offen halten und diese in aller Deutlichkeit entlarven. Kollegen von der Eisenbahn, nehmt gemeinsam den Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung auf. Macht aus den Eisenbahnbetrieben und -werkstätten revolutionäre Hochburgen im Interesse des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse.

SPD.-Gemeindevertreter gegen Erwerbslosenansträge

Horta. Wie gemein und niederträchtig die Interessen der Erwerbslosen von der SPD.-Fraktion verraten und verkauft werden, konnten die Proleten in der letzten Gemeindevertreterversammlung mit erleben. Es stand u. a. auch ein Antrag für Winterhilfe zur Beratung. Wer nun glaubte, die SPD.-Fraktion würde denselben unterstützen, der ist eines anderen belehrt worden. Trotzdem zwei SPD.-Genossen mit im Erwerbslosenausschuss sind, und zu gleicher Zeit als Gemeindevertreter unsere Interessen wahrnehmen sollten, schauten sie den Antrag ab. Am Dienstag, dem 20. Dezember, fand eine Erwerbslosenversammlung statt. Sie befaßte sich mit zwei Punkten. Punkt 1: Stellung zu unserem abgelehnten Antrag; Punkt 2: Verchiedenes. Wenn die Versammlung etwas besser besucht gewesen wäre, hätte es nichts geschadet. Vor allem aber fehlten die beiden Ausschußmitglieder Götzter und Liska. Es wurde der Beschluß gefaßt, dieselben

nochmals schriftlich einzuladen, damit sie über den Verrat Rechenschaft ablegen sollen. Zu Punkt 2 wurde beschossen, zwei Vertreter in den Fürsorgeausschuss zu entsenden, welche die Interessen der Erwerbslosen vertreten sollen. Es wurde dann nochmals ein letzter Appell an die Erwerbslosen gerichtet, besser zusammenzustehen und die Versammlungen besser zu besuchen.

Neues Nazi-Munitionslager ausgehoben

Waldburg, 22. Dezember. Auf dem Schloße des im Zusammenhang mit dem Sprengstoffdiebstahl in Kynau verhafteten Barons von Redlich-Neukirch wurden in den letzten Tagen weitere Ausgrabungen von der Waldburger Kriminalpolizei vorgenommen, wobei 6000 Schuß Infanteriemunition in Kisten verpackt und eingemauert gefunden wurden. Im nahen Wald wurde ein Unterstand entdeckt, in dem sich ein Gewehr und Munition befand.

Schwarze Liste!

Die Unterbezirke Breslau, Liegnitz, Grünberg und Reichenbach haben noch immer nicht die „Influrierte Bauernzeitung“ abgerechnet. Wir prangern die Unterbezirksleitungen hier an. Die Genossen in den Ortsgruppen ersuchen wir, sofort nachzufragen, warum die Unterbezirksleitung kein Geld für die „Influrierte Bauernzeitung“ an die BL. abrechnet.

Gegen die Heze Ziegler

Breslau, 23. Dezember. Die „Volkswacht“ und die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichten unter der Ueberschrift „RSD. Schwindel“ eine Zuschrift der Ortsverwaltung des DMV. Breslau, in der zu dem von der DMV.-Opposition herausgegebenen Flugblatt Stellung genommen wird.

Die DMV.-Opposition hatte sich in einem Flugblatt an alle Mitglieder des DMV., Breslau, gewandt und diese zu einer Aussprache eingeladen, um zu dem Lohnabbau und der bevorstehenden Ortsverwaltungswahl Stellung zu nehmen. Alle Kollegen der Opposition sind trotz der Heze der „Volkswacht“ und der „SAZ.“ von dem festen Willen befeelt, alles zu tun, um die große Mehrheit der Breslauer Metallarbeiter für den revolutionären Gewerkschaftsgedanken zu gewinnen. Diese Kollegen kämpfen um jede wählbare Gewerkschaftsfunktion, um den verderblichen reformistischen Einfluß, auch im DMV. Breslau, im Interesse der Breslauer Metallarbeiter zurückzudrängen. Die „Volkswacht“ serviert die alte Lüge, daß die Kommunisten die Gewerkschaften sprengen wollen. Wir verweisen auf die gefaßten Beschlüsse des 17. Bezirksparteitages, wo allen Kommunisten zur Pflicht gemacht wird, die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften auf ein Höchstmaß zu steigern, um dadurch die Kampfkraft gerade der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu steigern. So sehen in der Tat die „Spaltungs- und Betrugsmanöver“, deren die „Volkswacht“ die SPD. und RSD. bezichtigt, aus.

Die Kollegen, die das Flugblatt unterzeichnet hatten, hat Ziegler und die übrige DMV.-Bürokratie unter Druck gesetzt und mit dem Ausschluß gedroht, und hat dadurch den Kollegen einige Erklärungen erzwungen. Dem Kollegen Wuttke, der in seiner Erklärung davon spricht, daß er es in Zukunft ablehne, die RSD. zu fördern und zu unterstützen, haben wir zu erwidern, daß er sich dann zum Werkzeug der Bürokratie zur Durchführung der Schleicherschen Isolierungspolitik macht. Wir glauben kaum, daß die Kollegen dieses tun werden.

Die Heze der „Volkswacht“ und der „SAZ.“ wird die DMV.-Opposition keineswegs abhalten, ihre revolutionäre Pflicht zu tun.

Achtung, feindliche Flieger über Horta!

Horta. Mit was für Mitteln und Schlichen die Ausbeuterklasse versucht, die Werktätigen zu neuen Kriegen zu drillen, soll aus Horta an Hand von Beispielen aufgezeigt werden. Trotz der dauernden Abnahme des Personen- und Güterverkehrs auf der Reichsbahn werden immerfort technische und betriebliche Verbesserungen vorgenommen. So ist auch auf dem hiesigen Güterbahnhof seit kurzem ein neues Stellwerk erbaut und jetzt bereits in Betrieb genommen worden. Auch

Wie antworten die Zellen und Ortsgruppen auf die Beschlüsse des 12. Ekki-Plenums?

Von der Ortsgruppe Hartlieb ging uns folgender Beschluß zu: Um die Beschlüsse des 12. Plenums restlos durchzuführen, verpflichtet sich die Ortsgruppe Hartlieb der Partei, nachstehend angeführte Arbeiten restlos durchzuführen:

Da wir erkennen, welche Rolle das Landvolk bei den entscheidenden Kämpfen spielt, verpflichten wir uns, je eine Ortszelle in Hartlieb sowie in Wessig zu bilden. Ferner werden wir dazu übergehen, alle gewerkschaftlich organisierten Genossen zu registrieren, und dieselben zu innergewerkschaftlicher Fraktionsarbeit verpflichten. Unsere weiteren Aufgaben sind: Anschaffung eines Abziehapparates, um eine eigene Dorfzeitung herausgeben zu können. Des weiteren verpflichten wir uns, alle vierzehn Tage einen Schulungsabend durchzuführen. Als wichtige Aufgabe betrachten wir, den WKS. weiter auszubauen und zu festigen, damit er zu dem wird, was er im Rahmen des Klassenkampfes sein soll. Um die geistige Aufklärung in die breiten Massen zu tragen, werden wir den Zeitungs- und Literaturvertrieb steigern.

Wir erkennen die Wichtigkeit der oben gestellten Aufgaben und verpflichten uns, alle unsere Kräfte einzusetzen, um das uns gestellte Ziel zu erreichen. Wir fordern die Unterbezirksleitung auf, uns in unserer Arbeit zu kontrollieren und mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Ortsgruppe Hartlieb.

Der Beschluß der Ortsgruppe Hartlieb zeigt, wie die Zellen und Ortsgruppen auf die Beschlüsse des 12. Plenums antworten müssen.

Schafft überall, in allen unteren Einheiten der Partei auf Grund der Beschlüsse des 12. Plenums, Zielpläne!

Ein großer Mangel unserer Zellen und Ortsgruppen besteht darin, daß keine klaren Zielpläne vorhanden sind. Als Gesamtpartei haben wir uns das Ziel gestellt: Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse, das heißt der entscheidenden Schichten des Proletariats in den Betrieben und auf den Stempelstellen. Mit der Mehrheit der Arbeiterklasse wollen wir dann den Endkampf führen um die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Alle Beschlüsse der Partei, sei es des 12. Plenums, der 3. Reichsparteikonferenz, des 17. Bezirksparteitages, stellen die Arbeit innerhalb der breiten Massen auf der Grundlage der Einheitsfrontpolitik von unten, unter den SPD.-Arbeitern, in den Gewerkschaften, in den Betrieben, auf den Stempelstellen sowie auf dem flachen Lande. Die Stellung dieser Probleme auf diesen Tagungen zeigen uns in Großen, wie wir die Fragen zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse in den unteren Einheiten der Partei stellen müssen.

Aufgabe der Zellen und Ortsgruppen ist es nun, die Beschlüsse auf ihr Zellengebiet oder das Gebiet der Ortsgruppe zu konkretisieren. Wie wir die Beschlüsse konkretisieren und wie ein solcher Zielplan aufgestellt werden soll, zeigt der oben angeführte Plan der Ortsgruppe Hartlieb.

Es darf jedoch nicht bei der Aufstellung des Planes bleiben, sondern in jeder Sitzung der Zelle oder Ortsgruppe müssen die Maßnahmen besprochen werden, welche notwendig sind, um zu diesen Zielen zu gelangen. Dies hängt jedoch davon ab von den jeweils örtlichen Verhältnissen, und inwiefern wir es verstehen, die örtlichen Verhältnisse auszunützen, um unser Ziel zu erreichen.

Hat sich jede Ortsgruppe, jede Zelle dieses Ziel geschaffen, dann ist es ein Leichtes, von Seiten der Ortsgruppenleitung und der Unterbezirksleitung zu kontrollieren; wieweit die Zelle ihren gestellten Plan versucht, durchzuführen. Die Ortsgruppenleitung, die Unterbezirksleitung sind dann leichter in der Lage, den Genossen behilflich zu sein bei der Durchführung ihrer Aufgaben. Selbstverständlich ist, daß bei der Durchführung dieser Arbeiten nicht etwa die täglich neu auftauchenden politischen Arbeiten vernachlässigt werden, sondern gleichfalls in den Rahmen der Gesamtarbeit eingereicht werden, um mit Hilfe der ständigen Mobilisierung der Arbeiter um so schneller zum gestellten Ziele zu gelangen.

Für die Befreiung der unterdrückten nationalen Minderheiten

„Die werktätigen Massen Deutschlands stöhnen unter der doppelten Ausplünderung durch die deutsche Bourgeoisie und die imperialistischen Sieger von Versailles. Millionen von Deutschen sind durch den Versailler Vertrag unter die Herrschaft des französischen Imperialismus und seiner Vasallenstaaten geraten, oder sie schwächen in den Ketten des italienischen Faschismus, wie die Hunderttausende Deutsche in Südtirol. Ihnen allen, dem ganzen österreichischen werktätigen Volke und nicht zuletzt auch der Bevölkerung Elsaß-Lothringens wollen wir Kommunisten das volle und uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht für ihre soziale und nationale Befreiung erkämpfen. Hier in Paris wollen wir — deutsche und französische Kommunisten gemeinsam — die Forderung aussprechen, daß die Werktätigen, das Volk von Elsaß-Lothringen über ihr Schicksal selbst bestimmen sollen bis zum Rechte der Lostrennung von Frankreich!“

Wir Kommunisten können eine solche Forderung mit vollem Recht erheben, denn wir verteidigen das Erbe jener Bebel und Wilhelm Liebknecht, der alten sozialistischen Vorkämpfer in Deutschland, das Erbe Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die in den Jahren vor dem Weltkrieg gegen die damalige Unterdrückung des elsäß-lothringischen Volkes durch den deutschen Imperialismus, durch das wilhelminische Deutschland, protestierten und kämpften.“ (Aus der Rede des Genossen Thälmann in Paris.)

Arbeit und Brot durch Seltgelage

Wie die Nazis das Arbeitslosenproblem lösen — Ein Blick in den „Völkischen Beobachter“

Der „Völkische Beobachter“ bringt fast täglich die Mitteilung, daß dort wo die Nazis herrschen, Arbeit und Brot geschaffen wird. Geht man der Sache nach, so findet man, daß das Elend in Thüringen verhältnismäßig größer ist, als wo anders. Das gleiche ist auch in Mecklenburg und Oldenburg der Fall. Anstatt Arbeit und Brot haben sie dort überall Schlachtkamer eingeführt, die Wohlfahrt gekürzt und so das Leben der Arbeitslosen noch mehr erschwert.

Vor einigen Tagen verkündete Hitler in Hamburg, daß er kein Geheimnis, wie er Arbeit und Brot zu schaffen gedenkt, unter keinen Umständen preisgeben will, und es vorläufig unter Verschluß hält. Es gibt keine Macht der Welt, so erklärte er, die ihn zwingen könne, das Geheimnis preiszugeben, bevor er nicht mit dem Reichsanwaltstab ausgerüstet ist. Auf den ersten Blick scheint also die Frage so zu stehen. Entweder man gibt Hitler die Macht oder die Waffen können verhungern. Auf andere Weise, d. h. billiger, gibt er es nicht her, sein Geheimnis nämlich. Nun ist es uns doch gelungen, hinter das Geheimnis zu kommen, und wir wollen es der Öffentlichkeit verraten. Ein Blick in den Inzeratenteil des „Völkischen Beobachters“ hat uns das große Geheimnis verraten. Dort lesen wir wörtlich:

„Wer Sekt trinkt, lindert deutsche Not, Füllt „Henkell Trocken“ in die Gläser.“

Ihr geht ja tausend Deutschen Brot, Vom Winzer bis zum Flaschenbläser.“

Wie einfach und doch wie erhaben! Man stelle sich folgendes vor: Sechs Millionen Arbeitslose trinken Sekt, jeder mindestens zwei Liter am Tag. Das ergibt zusammen 12 Millionen Liter am Tag. Und die Arbeitsmöglichkeiten, die damit geschaffen werden, sind gar nicht zu übersehen. Und wieviel Geld das einbringt! Sehr billig ist die Geschichte nämlich nicht. Im „Völkischen Beobachter“ ist gleich der Preis angegeben: Die Literflasche „Henkell Trocken“ 1,90 Mark. Es würde also ungefähr für 120 Millionen Mark am Tag konsumiert werden. Allein von den Arbeitslosen. Und wenn erst die Nazis so weit sind, daß das ganze deutsche Volk ihren Karolen folgt, dann wird man aus der Arbeit gar nicht mehr herauskommen, dann könnte man ganz Deutschland mit Sekt und Glasbläsern erfüllen.

Das also ist das Nazi-Arbeitsbeschaffungsprogramm! Trinkt Sekt!

Oder ist das nur so gedacht, daß der eine Teil des Volkes, sozusagen die „feinen Herren“, den Sekt trinken und die anderen die Gläser blasen? Immerhin, eine schlimmere Verbesserung der Arbeitslosen als dieses Inzerat im Organ einer Partei, die sich Deutsche Arbeiterpartei nennt, kann man sich kaum vorstellen.

Glosse vom Tage

Hitlers Sterndeuter vor Gericht

Hitler ist nicht nur sein eigener Religionsstifter, sondern er besitzt bekanntlich auch einen eigenen Hauspropheten und Sterndeuter in der Person Erich Hanussens, der Mitglied einer böhmisch-jüdischen Gemeinde ist — aber das hat nichts zu sagen.

Nun steht Hanussen vor Gericht. Weshalb? Das ganze erinnert an die Geschichte mit jenem Wundermann den man an einem Dezembertag in einen gutgepflegten Wintergarten geführt und ihm frische Krüden gezeigt hat. Kunststück, sagte der Wundermann, solche frische Krüden, wie ihr sie mir jetzt zeigt, habe ich schon vor sechs Monaten gesehen.

Seinerzeit ist der Rennfahrer Fürst Lobkowitz bei einem Rennen auf der Auen tödlich verunglückt. Als Hanussen dies vernahm sagte er wörtlich: „Das habe ich schon früher gewußt“. Nun machte jemand Hanussen zum Vorwurf, daß er am Tode Lobkowitz' mitschuldig sei. Denn entweder hat er es tatsächlich gewußt, wäre es seine Pflicht gewesen, ihn zu warnen, oder hat er die Sterne dazu veranlaßt, Lobkowitz ins Unglück zu stürzen, oder hat er es ebenfalls nur in der Zeitung erfahren und hat damit geprahlt, oder er ist ein ganz gewöhnlicher Lügner.

Als Prophet Hitlers kann selbstverständlich Hanussen eine solche Beschuldigung nicht auf sich sitzen lassen und er verklagte seine Beschuldiger vor Gericht.

Wie das Urteil ausfallen wird? Wenn Hanussen es noch nicht weiß, der ein Stern- und Fernseher ist, wie sollen wir das wissen?

Vierzehn Mal hat Hanussen in diesem Jahr Hitler verkündet, daß er noch, bevor das Jahr 1932 seinem Ende sich neigt, als deutscher Mussolini thronen werde.

Auch in diesem Falle haben die Sterne Hanussen betrogen. Wem soll man heute noch glauben? ...

Zürförgliche Stadtväter

Tokio, 22. Dezember. Gegen 30 Mitglieder des Stadtrats von Tokio war wochenlang wegen passiver Beistellung verhandelt worden. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung von 11 Stadträten zu Gefängnis, 14 wurden zwar für schuldig erklärt, erhielten aber Bewährungsfrist, 5 wurden freigesprochen. Gegenstand der Anklage war der Abschluß verschiedener Verträge, die während des Wiederaufbaus nach dem letzten großen Erdbeben mit Firmen abgeschlossen worden waren.

Oberbürgermeister Köp von Berlin — Jimmy Walker in New York und die Tokioter Stadträte — alle sorgten sie in gleichem Maße für das „Wohl“ der Bevölkerung.

Ein Todesurteil

Vom Schwurgericht Passau wurde die 45jährige Bäuerin Therese Straßl wegen Giftmordes zum Tode verurteilt. Therese Straßl hatte im Juli 1920 ihren Mann nach der Heimkehr von einer Jagd eine vergiftete Wildpreiße vorgelegt, an deren Genuß Straßl zwei Tage später starb.

Der Abbau der Prohibition

Washington, 22. Dezember. Das Repräsentantenhaus hat heute die Gesetzesvorlage, die die Herstellung und den Ausfuhr von 32prozentigen Bieres gestattet, angenommen. Die Annahme erfolgte mit 230 gegen 165 Stimmen. Die Vorlage geht jetzt dem Senat zu.

Die Not der amerikanischen Farmer

st eine ungeheure. Während Getreideadungen versenkt werden, hungern Millionen Farmer. Ihre Lage ist nicht besser als die der Arbeitslosen. Nun marschieren aus allen Teilen der USA. hungernde Farmer nach Washington. Unser Bild zeigt eine Farmerabordnung in einem Gespräch mit dem Vizepräsidenten Curtius.



Aus aller Welt

Brandkatastrophe in Chicago

Infolge einer Explosion brach heute in einem Mietshaus ein Brand aus, der, wie man befürchtet, zahlreiche Todesopfer forderte.

Eine Leiche konnte bereits geborgen werden. Mehrere Personen erlitten durch Sprünge aus den Fenstern des zweiten und dritten Stockes Verletzungen. Sechzehn Personen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Explosion in einer Schloßwerkstatt

Der Schlosser Georg Runge in Plumenthal kam in der Werkstatt mit einem Schweißapparat einem leeren Benzinhoh in nahe die im Benzinhoh enthaltenen Gase explodierten und rissen das Holz auseinander. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß der Boden des Raumes durch die Decke flog und sämtliche Scheiben der Werkstatt zertrümmert wurden. Der Schmied Raebert, der bei der Arbeit gehalten hatte wurde durch die Tür herausgeschleudert, während Runge selbst starke Schnittwunden erlitt und in das kaiserliche Krankenhaus gebracht werden mußte.

Sprengstoffe im Brennholz

Das Opfer eines gefährlichen Raucherkes wurde ein in der Siedlung Zielentz wohnhafter Arbeiter. Ein bisher nicht ermittelte Täter hatte das Brennholz angebohrt und in die Bohrlöcher Infanteriepatronen gesteckt. Der nichtschneidenden Hausfrau wurde durch die Explosion der ganze Küchenherd auseinandergerissen.

★

Das französische Marinetransportschiff „Seine“ ist im Golf von Gascogne in einen schweren Sturm geraten und leck geworden. Die 69 Mann starke Besatzung wurde von anderen Schiffen an Bord genommen.

★

Der frühere Direktor der Elektrizitätsgesellschaft Südwest-Oberrhein, Dr. Pittmann, wurde wegen fortgesetzter Untreue und Bilanzverschleierung zu einem Jahr zehn Monaten Gefängnis und 1200 Mark Geldstrafe verurteilt.

★

Der britische Dampfer „Garies Head“ ist auf der Höhe von Seaham Harbour mit dem Dampfer „Miranda“ zusammengefahren und gesunken. Der Kapitän und sieben Mann der Besatzung ertranken.

★

In der Untergangsstelle des Segelschiffes „Niobe“ wurde die Leiche des Signalgezeiten von Gemmern, der mit der „Niobe“ untergegangen ist, geborgen.

Drei Schüler ertrunken

Auf der noch schwachen Eisdicke des Sees bei Kirschlainen im Landkreis Allenstein sind die zehn- bzw. elfjährigen Schüler Eduard und Hugo Korczak und Hubert Matern eingebrochen und ertrunken. Die Leichen konnten geborgen werden. Die Mutter Eduard und Hugo Korczaks, eine Witwe, hat auf diese Weise ihre beiden einzigen Kinder verloren.

Wissenschaftliche Expeditionen

„Auf dem Territorium von Sowjet-Tadschikistan sollen Arbeiten in Angriff genommen werden, wie sie die Welt noch nicht gekannt hat“

Eine Expedition der Akademie der Wissenschaften hat in Tadschikistan eine kolossale wissenschaftliche Forschungsarbeit durchgeführt. Die Brigade der Akademiker, die sich in vier Gruppen teilte, hat die Hauptaufgaben des industriellen und landwirtschaftlichen Aufbaus in Tadschikistan bejagt. Besondere Aufmerk-

samkeit wurde dem Studium des Aufbaus der Bewässerungsanlagen in der Wachs-Ebene geschenkt. Auf einer Sitzung, die den Ergebnissen der Arbeiten der Expedition in Tadschikistan gewidmet war, erklärte der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften, Genosse Komarow: „Auf dem Territorium Tadschikistans steht uns eine derartige Arbeit bevor, wie sie die Welt noch nicht kannte.“

Außerdem wurden die Probleme des Baumwollbaus, der Ausnutzung der energetischen Ressourcen, der Chemisierung der Landwirtschaft usw. eingehend behandelt.

Die Expeditionen nach Pamir haben ihre Geschichte, die ein Zeugnis für das große wissenschaftliche, ökonomische und ethnographische Interesse für dieses Gebiet ablegt. Die letzte Expedition wurde auf Initiative der Tadschikistanischen Regierung und der Akademie der Wissenschaften veranstaltet. Die Expedition war mit der kompletten wissenschaftlichen Forschungsarbeit beauftragt, und hat Pamir, das zentrale und südliche Tadschikistan erforscht. Der nördliche Teil der Republik, der in wissenschaftlicher Hinsicht bereits erforscht ist, wurde nicht berührt. Die Arbeit wurde in außerordentlich schweren Gebirgsverhältnissen durchgeführt.

Der Volkskommissarerrat in Tadschikistan hat zusammen mit der Brigade der Akademie der Wissenschaften die Zusammenlegung der in Stalınabad zu organisierenden Basis der Akademie festgelegt.

In nächster Zeit soll ein staatliches Museum in Tadschikistan eröffnet werden und in Moskau eine große Ausstellung der Produktivkräfte des sozialistischen Aufbaus in Tadschikistan veranstaltet werden. In der ersten Hälfte des Jahres 1933 wird die Akademie die Werke der Tadschikistaner Expedition im Ausmaß von 350 Druckbogen herausgeben.

In Stalınabad wird ein Observatorium gebaut werden — das allerjährliche in der UdSSR.

Zur „Beurlaubung“ Gregor Strassers durch Hitler Kleiner SA-Mann, was nun?



Aus der A-I-Z

Lebenslauf und Umgebung

Breslau, 23. Dezember.

Die Freilassung der Amnestierten

Nach den neuesten Meldungen haben auch in Schlesien am gestrigen Tage die Entlassungen der unter die Amnestie fallenden Gefangenen stattgefunden.

Aus Breslau wird noch gemeldet, daß, um Hindernissen zu verhindern, die von linksradikaler Seite geplant waren, die Entlassungen nicht in Gruppen, sondern einzeln erfolgt seien.

Alle anderen proletarischen Gefangenen, die nicht unter diese Teilamnestie fallen, müssen weiter schmachten. Unsere Aufgabe muß es sein, in verstärktem Maße den Kampf weiterzuführen, um die Freilassung auch dieser Genossen.

Allen unseren Genossen, die am gestrigen Tage in unsere Reihen zurückgekehrt sind, entbieten wir in der Freiheit ein kräftiges „Hot Front“.

Achtung!

Die Wälder des Breslauer Konsumvereins, welche einen Artikel über verschiedene Mißstände im Konsumverein in einem Bericht an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ gefandt haben, werden ersucht, wegen einer notwendigen Klärung sich in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ zu melden.

Die Redaktion der „A.-Z.“

Monatliche Gemeinde

Zur Winterferienwende spricht am Montag, dem 26. Dezember, 17.30 Uhr (2. Feiertag) Gesinnungskreis B. Reichenwallner im Saale Grünstraße 14/16 über das Thema: „Werden und Vergehen in der Geschichte.“

Was sah ich in der Sowjetunion?

Heute, Freitag, 20.15 Uhr, Vortragsabend!

Genossin Marie Larisch

Spricht über ihre Eindrücke und Erlebnisse in der Sowjetunion. Sie ist seit 12 Monaten in der S.U. beruflich tätig, und nur auf kurzen Urlaub hier anwesend.

Mitteilung des Magistrats

Die städtischen Warmhäuser bleiben am 25., 26. und 27. d. M. sowie am Neujahrstage geschlossen. Am 24. und 31. Dezember werden die Wälder nur bis 18 Uhr offen gehalten.

Achtung, Sportler!

Am 26. Dezember steigt in Bernstadt folgendes Fußballspiel: Bernstadt I gegen Janal-West I um 13.30 Uhr. Schiri 31.

Gegen Faschisierung und Militarisierung,

gegen Arbeitsdienst und Zwangskurse der werktätigen Jugend trommelt die „Junge Garde“ ab 2. Januar von neuem zum Kampf! — Jeder lese die „Junge Garde“. Preis 10 Pfennig.

Geschäftliches

Ob mit, ob ohne Alkohol, ein Schirdevan tut immer wohl! Wer recht von Herzen schenken will, wählt vom Guten das Beste: die über ganz Deutschland bekannte, beliebte und edle Marke „Schirdevan“, denn sie kostet keinen Pfennig mehr, als weniger bekannte Erzeugnisse, und jeder Beschenkte weiß, was er erhält.

Betriebsratsvorsitzender Groß der Haase-Brauerei als Handlanger des Unternehmers!

Breslau. Seit Monaten wird vor der Haase-Brauerei regelmäßig an jedem Freitag die „Arbeiter-Zeitung“ verbrannt. Dieses ist schon seit längerer Zeit der Betriebsleitung ein Dorn im Auge.

Als Grund gab dieser famose „Arbeitervertreter“ an, daß er durch die Zeitungsverkäufe beim Verlassen des Betriebes gefährdet werde.

Wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit einer anderen Tatsache: Als bei der letzten Reichspräsidentenwahl Nazis vor der Haase-Brauerei Flugblätter verteilen wollten, da hatte es dieser Kapitalist nicht so eilig, die Polizei zu benachrichtigen.

Warum verhindert dieser Sozialfaschist den Verkauf der „Arbeiter-Zeitung“?

Er weiß genau, daß die „Arbeiter-Zeitung“ die einzige Zeitung ist, die stets für die Interessen der Arbeiter eintritt. Sie ist es, welche kontinuierlich jede betrieblichen Mißstände brandmarkt und aufzeigt, wie man den Kampf gegen Lohnraub organisiert.

Dieser Sozialfäule, welche dieser sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende nicht, zeigt auch sehr deutlich, daß der Faschisierungsprozess in den Reihen der Sozialdemokratie schon weitgehende Fortschritte gemacht hat.

Davon müssen auch die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Lehre holen, indem sie weit abrücken von solchen Leuten, die im Interesse

SPD. und SAP. in gemeinsamer Lügenfront gegen die KGD.

Verleumdung revolutionärer Arbeiter soll Verrat der Gewerkschaftsbürokratie verdecken

Breslau. Fast kein Tag vergeht, wo nicht durch die sozialdemokratische Presse und auch durch die Sapler-Zeitung eine Flut von Lügen und Verleumdungen gegen die revolutionäre Bewegung losgelassen wird.

Daß auch in diese Front die linke „Fikale des Sozialfaschismus“ die SAP. mit hineingeht, nimmt uns nicht wunder, denn was sollten denn diese Leute, welche in der Praxis außer einigen rabiaten Worten nichts weiter übrig haben für die Arbeiter, sonst tun, als sich ebenfalls in gemeinsamer Front mit den SPD.-Veräthern durch Lüge und Verleumdung noch bemerkbar zu machen.

Um aber diesen Feldern ihr Lügenmaul zu stopfen, wollen wir noch einmal kurz die Tatsachen aufzeigen, welche für diese Lügenpresse ein Anlaß waren, diese Märchen in die Welt zu setzen.

Diese KGD.-Stoffen, welche am 15. November mit in den Streik traten, haben durch ihre Unterschrift nachfolgenden Sachverhalt uns noch einmal geschildert und sind gewiß, mit aller Konsequenz gegen diese Verleumdungsgesellschaft vorzugehen.

Nachfolgend lassen wir zwei von diesen Kollegen verfaßte Berichtigungen folgen, die in diesem Wortlaut an die Redaktion der „Volkswacht“ und an die Redaktion der „SAP.“ unter Zeugen abgegeben wurden.

Breslau, den 20. 12. 1932.

An die Redaktion der „Volkswacht“

Breslau, Frankenthal 3.

Unter Bezugnahme auf den § 11 des Pressegesetzes fordern Unterzeichnete die Aufnahme folgender Berichtigung in Ihrer Zeitung:

Berichtigung.

In der Nummer 267 vom Sonnabend, dem 17. Dezember 1932, wird unter der Überschrift: KGD. im „Kampf“ Unterzeichneten der Vorwurf gemacht, daß sie bei dem Streik der Steinleger am 15. November bei der Firma Bunte in Goldschmieden Streikbrecherarbeit geleistet haben.

Was ist in diesem Falle wahr?

Wahr ist, daß Unterzeichnete vom 15. November bis 19. November im Streik gestanden haben und am 19. November die Arbeit bei der Firma Bunte aufgenommen haben, nachdem diese Firma sich bereit erklärte, den alten Tariflohn von 1 Mark die Stunde weiter zu zahlen.

Zu der Behauptung, „Die Forderung der Streikenden, durch Vorlegung der Lohnbeurteilung einen Nachweis zu führen, wurde selbstverständlich von den wackeren Soldaten unerfüllt gelassen“, sei festgestellt, daß es Unterzeichnete wohl abgelehnt haben, diesen Lohnbeurteilung einem Kollegen zu zeigen, weil dieser Kollege nicht angehen konnte, daß er von der Streikleitung kam.

Wahr ist weiter, daß die Unterzeichneten diesen Kollegen angefordert haben, er solle selbst bei dieser Firma arbeiten, dann würde er den besten Beweis haben, daß der alte Tariflohn gezahlt wird. Des Weiteren ist es wahr, daß nicht bei der Verammlung Revolutionäre erschienen sind, die gar keine Steinleger waren, sondern die Verammlungsbesucher dieser Verammlung waren alles Kollegen, die von Beruf Steinleger und Hammer sind.

In Bezugnahme auf den Absatz 1, Ziffer 5, des § 11 des Pressegesetzes erwarten wir, daß vorstehende Berichtigung veröffentlicht wird, da der in Ihrer Nummer 266 veröffentlichte Artikel dazu ansetzt, uns persönlich und wirtschaftlich zu schädigen.

Achtungsvoll (Unterschriften)

Breslau, den 20. 12. 1932.

An die Redaktion der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“

Breslau, Kleine Polzstraße 3.

Unter Berufung auf den § 11 des Pressegesetzes fordern Unterzeichnete die Aufnahme nachfolgender Berichtigung:

Berichtigung.

In der Nummer 267 vom 23. November 1932 wird unter der Überschrift „Steinlegerstreik in Breslau“ gegen Unterzeichnete die Behauptung aufgestellt, daß dieselben bei dem Streik der Steinleger im November 1932 als Streikbrecher tätig gewesen seien.

Wahr ist folgendes: Unterzeichnete haben vom 15. November bis 19. November mit im Streik gestanden und haben erst am 19. November die Arbeit bei der Firma Bunte in Goldschmieden aufgenommen, nachdem ihnen versichert worden war, daß obige Firma den alten Tariflohn von 1 Mark die Stunde weiterzahlt.

Unter Bezugnahme auf den Absatz 1, Ziffer 5 des Pressegesetzes erwarten wir, daß vorstehende Berichtigung veröffentlicht wird, da der in der Nummer 267 erschienene Artikel in Ihrer Zeitung dazu ansetzt, uns persönlich und wirtschaftlich zu schädigen.

Achtungsvoll (Unterschriften)

Wir sind nun gespannt, wie sich diese Tintenfäule in der Volkstanz sowie ihre Bundesgenossen in der Saplerpresse verhalten werden. Sollten sich diese Verleumder auf Grund dieser Berichtigungen in Schweigen halten, so werden diese Kollegen Mittel und Wege finden, um diese Verleumdergesellschaft, die mit den gemeinsten Mitteln gegen ehrliche Proleten vorgeht, zur Verantwortung zu ziehen.

Die KGD. ist stolz darauf, daß sie, indem sie rücksichtslos und mutig die Kämpfe der Arbeiterklasse organisiert, nicht nur dem Haß des Unternehmertums ausgesetzt ist, sondern daß sich auch diese kapitalerhaltenden SPD.- und SAP.-Bürokraten mit den erbärmlichsten Mitteln um dem Unternehmertum in eine Front gegen die KGD. stellen.

Um so deutlicher erkennen die Arbeiter, welche Rolle diese Kapitalisten spielen, und werden um so mehr ihr Zutreten zur KGD. gewinnen; denn nur dadurch, daß die Arbeiterklasse und insbesondere auch die gewerkschaftlich organisierten Kollegen immer deutlicher den Feind in ihren eigenen Reihen durchschauen, werden dieselben auch begreifen, daß es notwendig ist, diese verräterische Bürokratie aus den Reihen der Gewerkschaften zu entfernen.

Zu Kampf um Arbeit und Brot, gegen Hunger und Frost, wird auch die Arbeiterklasse sich gegen alle diejenigen wenden, welche durch Lüge und Verleumdung glauben, die Arbeiter von ihrem Schicksal abzulenkten. Sie wird Front machen gegen diesen Reparatur-Schleicherwurs in den freien Gewerkschaften und wird in geschlossener Einheitsfront verstärkt ihren Kampf weiterführen — trotz Lüge und Verleumdung.

Proleten-Weihnachts-Programm.

„Mata Hari“ der erste Greta-Garbo-Film in deutscher Sprache und Lachen bei Pat und Patagon im Tonfilm 1000 Worte Deutsch.

Anlässlich der Weihnachtsfeier ist das Proleten-Programm mit besonderer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Sensation und ein großer Erfolg hat überall der erste Greta-Garbo-Film „Mata Hari“ in deutscher Sprache erzielt. Das Thema ist die Geschichte der berühmten Tänzerin und Spionin Mata Hari, den das Leben selbst schrieb.

Verantwortlich für den politischen Teil P.-vins und Lokales Walter Sucha, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Feodorich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callow, Breslau. — Verlag o. Druck: Schlesiensche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Treibitzer Str. 50.

Das Sparkassenbuch

der Eltern war schon immer die Grundlage für das Vorwärtkommen der Kinder.

Auch heute ist es so! Darum:

Schenkt Sparkassenbücher! Städt. Sparkasse zu Breslau

Achtung! Sonderangebote!

- Lorenz 2-Röhren-Gleichstrom-Empfänger mit eingebautem Lautsprecher... 58.-
Lorenz 2-Röhren-Wechselstrom-Empfänger, ohne Lautsprecher... 65.-
Telez 4-Röhren-Schirmgitter-Empfänger mit eingebautem dynamischen Lautsprecher... 150.-

Fritz Jenner, Breslau 1 Reussenstraße 38 u. Neue Weltgasse 5 Ingenieurbüro für Elektro- u. Radioanlagen / Beleuchtungskörper Heiz- und Kochgeräte

Das gezückte Schwert der Revolution

Die gesamte Sowjetpresse ist dem 15. Jahrestag der OGPU gewidmet. Sie bringt zahlreiche Begrüßungen der Arbeiterorganisationen, der Parteikomitees, der Sowjetregierung und anderer Sowjet- und Gesellschaftsorganisationen. Die Begrüßung des Genossen Stalin lautet:

„Groß den Mitarbeitern und Kämpfern der OGPU, die ehrenvoll und mannhaft ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse und der Bauernschaft der Sowjetunion erfüllt haben. Ich wünsche Erfolg dem schweren Werke der Ausrottung der Feinde der proletarischen Diktatur. Es lebe die OGPU, das gezückte Schwert der Arbeiterklasse!“

Die Begrüßung des Zentralkomitees der Sowjetunion lautet:

„Das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion heißt, daß die Mitarbeiter der OGPU, geküßt auf die großen Kampferfahrungen der Arbeiterklasse bei der Festigung der proletarischen Diktatur, auch weiterhin die Sowjets bestens verbleiben werden gegen jegliche Anschläge auf ihre Macht und Stärkung.“

Die Belegschaftsversammlungen des Autogiganten „Gorki“ stellen fest:

„OGPU. — diese Worte rufen Schrecken bei den Feinden des Sozialismus hervor und erwecken Liebe bei den Arbeitern und allen Werktätigen des großen Sowjetlandes. Darin beruht auch die Kraft der OGPU, daß sie, auf Millionen Proletarier und Kollektivbauern unseres Landes geküßt, für die Interessen der Erbauer des Sozialismus in unserem Lande eintritt, einen schonungslosen Kampf gegen alle Feinde der Revolution führt und führen wird.“

Kriegstransport nach Japan aufgehalten!

London, 22. Dezember. Die Presse berichtet, daß das Schiff „Caronia“, das früher der Cunard-Linie gehörte und vor kurzem von Japan angeliefert wurde, dem Schein nach zum Abwraten, in Wirklichkeit aber für die Beförderung von Kriegsmaterial aus Europa, an der Ausreise aus dem Hafen von Blyth verhindert worden ist, da über die vier Dynamos des Schiffes Schwefelsäure gegossen wurde. Der verursachte Schaden wird auf mehr als 1000 Pfund geschätzt.

Der sozialdemokratische „Daily Herald“ stellt empört in Abrede, daß das Schiff mit Kriegsmaterialien beladen gewesen sei oder mit Kriegsmaterialien beladen werden sollte, und beschuldigt die Kommunisten, „diesen Anschlag“ verübt zu haben.

Kleine Meldungen

Unersöhntes Klassenurteil gegen Arbeiter in der Schweiz. Der schweizerische Emigrant, Genosse Gabbi, wurde von einem Schweizer Gericht wegen angeblichen Mordversuchs zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sein „Verbrechen“ bestand darin, daß er sich gegen die Provokationen der Mussolini-Epichel zur Wehr gesetzt hat. Dieses Urteil hat eine gewaltige Empörung der gesamten Schweizer Arbeiterklasse hervorgerufen.

Terrorurteile gegen türkische Kommunisten. Das Stambulische Gericht verurteilte 17 Arbeiter, darunter eine angebliche deutsche Kommunistin namens Wilda, zu Strafen von drei bis sieben Jahren Gefängnis.

Streik mit Betriebsbelegung in rumänischem Bergwerk. Die Arbeiter des Bergwerkes Sataja sind in den Streik getreten, um die Auszahlung der rückständigen Löhne zu erzwingen. Sie haben gleichzeitig die Schächte besetzt. Es ist dies der erste Fall einer Betriebsbelegung durch die Arbeiter in Rumänien.

Erneute Ablehnung der Auslieferung Supinwengs. Der mandchurische Gesandte in Tokio hat den Sowjetbotschafter Tropajew mitteilt, im Verlauf der Unterredung teilte der Sowjetbotschafter im Auftrag der Sowjetregierung mit, daß die Sowjetunion es ablehne, Supinweng und seine Begleitung auszuliefern. Im übrigen könne diese Angelegenheit weiter Gegenstand von Verhandlungen sein, da zwischen der Sowjetunion und Mandschukuo keine diplomatischen Beziehungen bestehen.

Versteckte Aufforderung zum Bruch der diplomatischen Exterritorialität der Sowjetvertretungen Gesteigerte Antifowjetkampagne des deutschen Imperialismus

In einem Artikel „Fünfzehn Jahre OGPU“ inzentriert die „Germania“, seit langem schon eines jener Organe der deutschen Bourgeoisie, die zur Intervention gegen die Sowjetunion treiben, folgende schamlose Antifowjetheke:

„In jenen Staaten, in welchen amtliche Vertretungen der Sowjetunion akkreditiert sind, befindet sich unter dem Schutz diplomatischer Immunität ein Bevollmächtigter der OGPU, der „offiziell“ als Sekretär oder Attaché geführt wird. Dasselbe gilt von den Handelsvertretungen der Sowjets, die, wenn exterritorial, wegen ihres größeren Tätigkeitsbereiches in gleicher Weise dem stets vorhandenen Bevollmächtigten noch günstigere Möglichkeiten bieten... Den speziellen Beauftragten der Komintern, welche ebenfalls in allen Ländern der Erde anzutreffen sind, haben sie helfend an Hand zu gehen; hierbei handelt es sich um die Unterwühlung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der bürgerlichen Staaten.“

Diese unverkämpten lägenhaften Behauptungen signalisieren den verhärteten Antifowjetkurs der deutschen Bourgeoisie. Es ist bekannt, daß eine ähnliche Hege seinerzeit zu dem Ueberfall auf die Handelsvertretung der UdSSR und später auch in England auf die Sowjethandelsgesellschaft „Arcos“ geführt hat. Daß diese

Hege nicht etwa zufällig ist, beweist ein Artikel in der „Berliner Börsenzeitung“, in dem in das gleiche Horn geblasen wird. In einer Betrachtung über die proletarischen Hungerdemonstrationen schreibt dieses Blatt u. a.:

„Da durch diese Wühlarbeit nahezu alle Staaten beunruhigt werden, wird wieder der Gedanke einer Antifowjet-Konferenz in den Vordergrund gerückt, auf der diese internationale Gefahr erörtert werden soll. Die Sowjetregierung bestreitet allerdings, mit diesen Bestrebungen in Verbindung zu stehen. Man wird aber auf diese Ablehnung nicht viel Wert legen können.“

Diese Methode ähnelt ausser Haar jener Antifowjetheke, die in der letzten Zeit nach der Kündigung des Handelsvertrages von den englischen Konservativen betrieben wird. Sie ähnelt dieser Hege so sehr, daß man überzeugt sein kann, daß die Kriegstreiber in der „Germania“ und in der „Berliner Börsenzeitung“ nicht nur aus den Quellen des deutschen Finanzkapitals, sondern auch aus der Werkstätte des Weltkrieger-Imperialismus gespeist werden. Wie dem auch sei, das deutsche Proletariat muß aus diesen frechen Ausfällen der deutschen imperialistischen Presse erkennen, welche vorbereiteten Pläne von der deutschen Bourgeoisie vorbereitet werden. Diese Pläne müssen an dem ehernen Widerstand der Werktätigen scheitern.

Die Kriegsverchwörer von Belgrad

Gefährliche Ergebnisse der Konferenz der Kleinen Entente

Belgrad, 22. Dezember. Die Konferenz der Kleinen Entente ist beendet. Ueber die Einzelheiten der dort gepflogenen Verhandlungen wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Als vorläufiges Resultat der Konferenz wird gemeldet, daß die Kleinen Entente-Mächte beschlossen haben, ein ständiges Sekretariat der Kleinen Entente mit dem Sitz in Genf einzurichten. Die Bedeutung einer solchen Zentralisierung der Kleinen Entente darf angesichts der zunehmenden Verschärfung der imperialistischen Gegensätze vom Standpunkt der Kriegsgefahr nicht unterschätzt werden. Sie soll zweifellos ein französisches Gegengewicht gegenüber den italienischen Blockplänen in Zentral-Europa bilden und die Möglichkeit geben, jederzeit schnell die Militärmacht der drei Staaten im Falle des Ausbruchs eines offenen Konflikts einzusetzen.

Die französische Regierungspresse betont ausdrücklich, daß die Konferenz der Kleinen Entente den Zweck gehabt habe, die Aufrichterhaltung der Verträge von 1918 und 1919 zu sichern und einen festen Widerstand gegen gewisse „impe-

rialistische Pläne“ (gemeint sind die Geheimbündnisse Ungarn-Italien) zu organisieren. Es ist wirklich rührend, wie die Imperialisten, in deren Sprachschatz sonst das Wort „imperialistisch“ als verpönt gilt, diese Bezeichnung sehr gern wählen, wenn es sich um Pläne eines Gegners handelt.

Schließlich verzeichnet die französische Regierungspresse auch mit sichtlichster Befriedigung, daß die Kleine Entente beschlossen habe, daß der italienisch-rumänische Freundschaftsvertrag, der in diesen Tagen abläuft, nicht wieder verlängert wird, falls Italien die Bedingung stellt, daß Rumänien sich im Konfliktfall zwischen Italien und einer dritten Macht (nämlich Frankreich und Jugoslawien) neutral verhalten müsse.

Wenn nicht schon die chauvinistischen Demonstrationen in Italien und Jugoslawien, der Notenwechsel zwischen den beiden faschistischen Regierungen die außerordentliche Verschärfung der imperialistischen Gegensätze in Südost-Europa und am Mittelmeer erwiesen hätten, so würden allein schon die im Zusammenhang mit der Konferenz der Kleinen Entente mitgeteilten Tatsachen genügen, um dem Proletariat zu zeigen, welche großen Gefahren an diesem Knotenpunkt der imperialistischen Konflikte erneut heraufziehen. Vergessen wir niemals, daß es in der Eigenart aller dieser imperialistischen Konflikte liegt, sich in den Durckammern diplomatischer Giftlaboratorien zu entwickeln, daß aber, wie beim letzten Weltkriege, ein einziger Funke genügt, um das ganze Pulvermagazin in Brand zu setzen. Das Proletariat muß seine Wachsamkeit gewaltig steigern. Darin besteht der große Sinn der revolutionären Antikriegskampagne, die in allen kapitalistischen Ländern von der Tagung des Weltkomites gegen den imperialistischen Krieg in Paris ausgehen muß. Gegenüber der chauvinistischen Welle, die von der Bourgeoisie auch in Deutschland bewußt organisiert wird, um die ideologische Grundlage für den neuen imperialistischen Krieg zu schaffen, muß das Proletariat das brüderliche Band mit den Werktätigen aller Länder stärken. Diese Antikriegskampagne muß den Kriegstreibern in Deutschland in allen imperialistischen Ländern beweisen, daß sie Sturm ernten werden, wenn sie Wind säen!

Neuer Straßenbahnerstreik in Tokio

Tokio, 22. Dezember. Die Straßenbahner von Tokio arbeiten unter ganz besonders schlechten Bedingungen. Gegen einen neuen Angriff der Unternehmer auf die Löhne und für Verbesserung der Arbeitsbedingungen traten über 300 Straßenbahner Tokios der Vorortstraßenbahn in Tamagawa in einen Streik, der von den revolutionären Transportarbeitergewerkschaften geführt wird. Der Streik wird trotz Mahnungen der Direktion, die bereits 33 aktive Streikteilnehmer entlassen hat, und trotz Polizeiterrors durchgeführt. Die Straßenbahner, die bereits jahrelang angeheult sind, werden als „Zeitarbeiter“ betrachtet und erhalten die Löhne nach der tiefsten Lohnstufe. Sie haben keinen freien Tag. Gegen diese Maßnahmen der Direktion richtet sich der gegenwärtige Kampf.

Gené-gai Das Rote Hai-Feng

AUS DEM CHINESISCHEN

5. Fortsetzung

Die Polizisten schlugen auf Ju-Kun ein und schleppten ihn nach dem Tiedan Sun-Ting wo er seine Kleider auf dem Wandaus für 6 Mao (60 Kop) verleihte die er den Polizisten als Trinkgeld gab. Nachdem ein ortsanfängiger Kaufmann auf Ju-Kuns Seiten hin sich dafür verbürgte daß die fehlende Summe am nächsten Tage ersetzt werden würde, erhielt Ju-Kun die Freiheit wieder.

Am nächsten Tage stellte sich Ju-Kun mit dem Gelde im Bauernbund ein und erstattete getreulich Bericht über das Geschehene, worauf der Bund folgende Entscheidung traf: „Sage den Polizisten, falls sie dir nach Zahlung eines Maan für die Zurückgabe Geld abverlangen, daß du das Geld im Bauernbund hinterlegt hast und daß sie sich an uns wenden sollen.“

Darauf erholten die Richter die Wertungen wie sie sich bei der Vernehmung zu verhalten hörten und stellten sich dem Gericht. Der Richter wandte sich an Tschu-Mo und führte aus, die von ihm gegen die Richter erhobene Anschuldigung sie hätten Land veruntreut, müße, da der Kläger keinerlei Beweise erbringen könne, zurückgewiesen werden.

Tschu-Mo war anfänglich ganz betreten, behauptete dann aber, daß er Beweise erbringen könne — und zwar schon in der nächsten Gerichtsitzung. Der Richter erklärte die Verhandlung für beendet.

Die Bitte der Richter, ihnen die Vorladung künftighin durch den Bauernbund zusustellen wurde vom Richter bewilligt. Damit war die Angelegenheit erledigt.

„Es ist noch nie vorgekommen, daß ein Grundherr, der gegen einen Bauern klagte, abgewiesen wurde“ beschwerte sich Tschu-Mo bei den anderen Grundherren. „Daran ist nur der Bauernbund schuld. Wir dürfen die Gelegenheit ihn zu vernichten, nicht vorbegehen lassen — sonst wird er uns allen verhängnisvoll werden.“

Ferner behauptete er, der Richter Tschu-Mo-Ju lasse sich vom Bauernbunde leiten.

Tschu-Mo brachte alle Grundbesitzer, die in Hai-Feng ihren Wohnsitz hatten, in Aufruhr. Der Bezirksobmann Tschu-Mo-Ju, der hier im Tschu-Mo-Tempel eine Versammlung ein, an der über fünfshundert Grundherren und hohe Beamte teilnahmen, darunter Vertreter der Behörden und verschiedene einflussreiche Persönlichkeiten. Es war ein imposanter Anblick — alle die langen Seidenröcke, die Seidenwesten, die vielen goldgefähten Brillen die goldenen Uhren und Ketten, die runden Gesichter und die vorgebeugten Schmerzbäuche.

Vorsitzender war Tschu-Mo-Ju.

„Gemeinames Eigentum, gemeinames Frauen, das ist es, wovon der Bauernbund trachtet“ führte er aus. „Vom Bauernbund werden die Richter bestochen, die Grundherren beschimpft. Wir haben den Grund und Boden für unser teuer erworbenes Geld gekauft, wir zahlen die Grundsteuer; alles Eigentum muß einem Herrn über sich haben, dieses Gesetz gilt im Himmel wie auf Erden. Der Schädling Beng-Kai aber hegt die unwissenden Bauern auf, er schürt zum Aufruhr. Wird ihnen nicht rechtzeitig Einhalt geboten so wird uns schlimm ergehen und der Regierung auch. Die Grundherren werden keine Grundsteuer zahlen können, die Staatskasse wird leer bleiben. Es kann aber noch schlimmer werden, es kann zu einem Aufstand kommen.“

Diese Rede wurde mit lautem Beifall aufgenommen.

Ban Ho Sin, Grundherr und Beamter brachte den Vorschlag ein, als Gegenstück zum Bauernbund einen Verband der Grundherren zu gründen. Der Vorschlag fand lebhaften Anklang dem Vorsitzenden wurde die Ausarbeitung der Satzungen übertragen. Darauf ergriff Tschu-Mo-Kai, ebenfalls eine führende Persönlichkeit, das Wort.

„Der Richter Tschu-Mo-Ju tanzt nach der Pfeife des Bauernbundes. Er kümmert sich weder um uns noch um unsere Interessen. Ist das nicht empörend? Ich schlage vor, daß wir ihn aufsuchen und ihm ein Ultimatum stellen: entweder er läßt die Richter des Tschu-Mo verhaften — oder wir zeigen ihm den Meister.“

Erneutes Beifallsstößen.

Als der Richter Tschu-Mo-Ju von der Sache erfuhr, wußte er nicht aus noch ein. Tschu-Mo-Kai kanzelte ihn gehörig ab und verlangte er solle die Richter unverzüglich verhaften lassen. „Soll geschehen, soll geschehen“ — wiederholte der Richter ein ums andere Mal unaufhörlich dienernd. Es müssen aber doch beide Parteien zur Vernehmung geladen werden.“

Tschu-Mo beantragte, die Vernehmung solle in Gegenwart der Vertreter des neugegründeten „Schutzverbandes der Steuerzahler“ stattfinden. Der Richter gab auch hierin nach.

Zwei Tage darauf ließ Tschu-Mo-Ju durch den Bauernbund die Richter vorladen. Dies kam so unerwartet, daß wir eine außerordentliche Beratung des Bauernbundes einberufen.

Anfangs beschloß der Bauernbund, seinerzeit Vertreter zur Vernehmung zu entsenden; doch blieb uns keine Zeit mehr, die notwendigen Formalitäten zu erledigen. Außerdem handelte es sich ja um einen Zivilprozeß und in Zivilsachen dürfen die Angeklagten vor dem Urteilspruch in keinem Falle verhaftet werden. Daher konnten die Richter unbefragt zur Verhandlung erscheinen die Vertreter des Bauernbundes aber würden nicht unerlaubt lassen um Zutritt zum Gerichtssaal zu erlangen. Alle waren hiermit einverstanden.

Es wurde schon zum Ausbruch gerüstet, als folgende Mitteilung eintraf:

„Der Schutzverband der Steuerzahler hat eine Kette von Landhinterhalten gebunden, die an den Ost- und Nordtoren der Stadt im Hinterhalte liegen um über euch herzufallen, sobald ihr euch der Stadt nähert.“

Darauf kamen wir überein, daß die Angeklagten sich zuerst auf den Weg machen die übrigen sich aber bereithalten sollten. Im Gerichtssaal hatten sich 70 bis 80 der mächtigsten Beamten und Grundherren eingefunden. Der Richter war ganz verdattert, nahm keine richtige Vernehmung vor, sondern gab sofort den Befehl, man solle die Richter festeln und ins Gefängnis werfen. Die „Herren“ hatten also vollständige Genugtuung erhalten, — sie gingen befriedigt heim.

Dem Vorgehen des Richters, der in Mißachtung des Gesetzes Unschuldige willkürlich verhaften ließ, konnte nur Gewalt entgegengebracht werden. Sofort wurde eine außerordentliche Versammlung aller Bezirksverbände einberufen die den Reichspräsidenten am nächsten Tage beim Gericht eine Massenpetition einzureichen.

Nach in derselben Nacht wurden alle mobil gemacht. Mehr als vierzig Boten wurden über Land geschickt um den Bezirksbünden mitzuteilen, daß alle sich um zehn Uhr früh in Luchowpu zu versammeln hätten.

Am nächsten Morgen fanden sich über lechtauernden Genossen in Tschu-Mo in den Händen, am Treffpunkt ein. Ich hielt eine Ansprache.

(Fortsetzung folgt)